



Schwerpunkt 69. Österreichischer Städtetag

Feierliche Eröffnung	
Deine Stadt, dein Europa	10
.....	
Festrede von Barbara Zehnpfennig	
Europa – unser Schicksal?	14
.....	
Vollversammlung beschließt Resolution	
In Vielfalt geeint	18
.....	
Rede Generalsekretär Thomas Weninger	
Think global, act local	20

Arbeitskreis 1	
Pflege ist eine Herausforderung	22
.....	
Arbeitskreis 2	
Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber	24
.....	
Arbeitskreis 3	
Wer Radwege baut, gewinnt Wahlen	26

Arbeitskreis 4	
Bauland versus Naturschutz	28
.....	
Talkrunde zur EU-Wahl	
Europa beginnt in den Städten	30
.....	
Eindrücke aus Rust	
Der 69. Städtetag in Bildern	32

Magazin

Adressregister	
Nach der Wahl ist vor der Wahl	34
.....	
Umwelt	
Klima in Not	36
.....	
SDGs	
In die Zukunft denken	38
.....	
FA für Verkehr	41
.....	
Mobilität	
Das Hohenemser StadtRad	42

Digitalisierung	
Cyberdialog in Graz	44
.....	
Finanzen	
Gemeindeförderungen	46
.....	
Personal	
Datenschutzalarm im Personalbereich	50
.....	
Graz	
Alles in bester Verordnung	52
.....	
FA Kontrollämter	55

Aktuelles	
aus unseren Städten	6
.....	
Recht	56
.....	
Literatur	63
.....	
Finanzen	64
.....	
Zu guter Letzt	66
.....	
Termine	67

- Editorial 133
Das Lob der Grenze(n) – laudandum est
Von Wilhelm Bergthaler, Ferdinand Kerschner und Eva Schulev-Steindl

Schnell und aktuell 136

Schwerpunkt Wasserrecht

- **Wasserkraftwerke im Binnenmarkt** 137
Wiederverleihung von Wasserrechten an bisher Berechtigte – Verstoß gegen Unionsrecht?
 Aktuell sind österr Wasserrechtsbehörden mit Anträgen von Unternehmen aus anderen EWR-Staaten konfrontiert, in denen zu deren Gunsten die „Wiederverleihung“ von Wasserrechten österreichischer Kraftwerksbetreiber verlangt wird. Sie machen geltend, dass § 21 Abs 3 WRG gegen die unionsrechtlichen Grundsätze der Niederlassungsfreiheit (Art 49 AEUV) sowie gegen grundrechtliche Bestimmungen (insb Art 16 und 20 GRG) verstoße. Dieser Thematik sind die Überlegungen gewidmet.
Von Bernhard Raschauer und Sarina Illo Ortner

- **Wiederverleihung von Wasserbenutzungsrechten – öffentliche Interessen und Stand der Technik** 143
 Der Wiederverleihung eines Wasserbenutzungsrechts (§ 21 Abs 3 WRG) dürfen öffentliche Interessen nicht im Wege stehen. Die Wasserbenutzung hat dafür unter Beachtung des Standes der Technik zu erfolgen. Fraglich ist, wann diese Voraussetzungen gegeben sein müssen. Ist es rechtens, wenn sie erst im Zuge des Wiederverleihungsverfahrens oder als Folge der Wiederverleihungsentscheidung erfüllt werden?
Von Gerhard Braumüller und Christina Gruber

Beiträge

- **Die Rechtsprechung des EuGH zum Umweltrecht im Jahr 2018 (Teil 1)** 150
 Auch 2018 hatte der EuGH wieder eine Vielzahl umweltrechtlicher Fälle zu beurteilen. Der Beitrag gibt in drei Teilen einen Überblick über die einschlägigen Entscheidungen von „A“ wie Abfall bis „Z“ wie „Zugang zu Gericht“.
Von Rainer Weiß
- **Neuerungen in der Umweltverträglichkeitsprüfung (Teil 1)** 156
Die UVP-G-Novelle 2018 und das Standortentwicklungsgesetz
 Ua aufgrund unionsrechtlicher Verpflichtungen wurde das UVP-G 2000 mit BGBl I 2018/80 novelliert. Dies sowie die weiteren Neuerungen der Nov sollen im Beitrag in zwei Teilen aufbereitet werden. Gleichsam wird ein Blick auf die ebenfalls den Ablauf von Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren ändernden Bestimmungen des neuen Standortentwicklungsgesetzes geworfen.
Von Michael Höllbacher

Europarecht

Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus

- Allgemein 160
 → Abfall 162
 → Energie 163
 → Klimaschutz 164

Bundesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Wasserrecht 164
- Abfallrecht, Luftschutzrecht 165



Landesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich 165
- Tirol, Wien 166



RdU-Leitsatzkartei

- RdU-LSK 2019/34–39 166

Rechtsprechung

- Umfang der Einzelfallprüfung iZm schutzwürdigen Gebieten beschränkt sich auf Schutzzweck des Gebiets 169

VwGH 25. 9. 2018, Ra 2018/05/0061 ua

Mit Anmerkung von Katharina Scharfetter

- Nachbarrechtlicher Beseitigungsanspruch gegen den gefährlichen Zustand eines Baumbestands ohne Überhang 174

OGH 3. 4. 2019, 1 Ob 24/19i

Mit Anmerkung von Ferdinand Kerschner

Standards

- Impressum 133
- Buchbesprechung 175
- Veranstaltungen & Seminare 176

Umwelt und Technik

- Editorial 29

Das „freie Spiel der Kräfte“ in der Umweltgesetzgebung

Von Wilhelm Bergthaler

- Baubeginn bei UVP-Vorhaben 30

Von Bernhard Raschauer

- Grazer Energierechtstag 2019 34

Von Daniela Bereiter und Monika Leitner

- Buchbesprechung 35

- Impressum 36

INHALT 16 · 2019

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

III
VII

Aufsätze

Stärkerer staatlicher Schutz vor Cyberangriffen?
Prof. Dr. Walter Frenz, Maître en Droit Public, Aachen 1021

Landeskinderklauseln in der Rechtsprechung
Prof. Dr. Veith Mehde, Mag.rer.publ., Hannover 1025

Umweltrechtsschutz ohne methodische Grundlage?
Zur neueren Rechtsprechung des EuGH und ihren
Folgen für Deutschland
Prof. Dr. Matthias Ruffert, Berlin 1033

Die negative Feststellungsklage als allgemeine
Normenabwehrklage – Zur Neubestimmung des
Rechtsschutzes gegen formelle Gesetze im Verhältnis
von Fach- und Verfassungsgerichtsbarkeit –
Akad. Rat Dr. Tristan Barczak, LL.M., Münster 1040

Buchbesprechungen

Schweikard/Mooren/Siep: Ein Recht auf
Widerstand gegen den Staat? – Verteidigung
und Kritik des Widerstandsrechts seit der
europäischen Aufklärung
Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Jörg Berkemann, Hamburg/Berlin 1049

Krüger: Rechtsmissbrauch im Sozialrecht
Prof. a.D. Dr. Karl-Jürgen Bieback, Reinbek 1051

Dörr: BGB Staatshaftung §§ 839, 839a BGB
Rechtsanwalt Dr. Caspar David Hermanns, Osnabrück 1052

Franz: Das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag
– Architektur eines organschaftlichen Rechts
Prof. Dr. Wolfgang Schreiber, Bonn 1053

Spannowsky/Hornmann/Kämper: Baunutzungs-
verordnung
Rechtsanwalt Prof. Dr. Bernhard Stüer, Münster/
Osnabrück 1055

Rechtsprechung

Europäischer Gerichtshof

EuGH, Ur. v. 26.06.2019 – Rs. C-723/17 (Craeynest vs. Stadt
Brüssel)
Messergebnisse nach Maßgabe der Luftqualitäts-
richtlinie 2008/50/EG – mit Anmerkung Prof. Dr. Dr. Dr.
h.c. Jörg Berkemann, Hamburg/Berlin 1056

Bundesverwaltungsgericht

BVerwG, Beschl. v. 09.05.2019 – 4 VR 1,19
Eilantrag auf weitere Berücksichtigung eines
abgeschichteten Alternativtrassenvorschlags im
Verfahren der Bundesfachplanung 1062

Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe

OVG NRW, Ur. v. 02.10.2018 – 16 A 1099/13
Verfassungsmäßigkeit von Ausschlussfristen im
Verwaltungsverfahren 1065

OVG NRW, Beschl. v. 20.12.2018 – 14 B 1475/18
Sorgfaltspflichten des Rechtsanwalts bei Fristenprüfung
– fehlender das Zustellungsdatum ausweisender
Briefumschlag 1071

Nds. OVG, Beschl. v. 01.04.2019 – 1 LA 59/18
Kosten eines von der Bauaufsichtsbehörde
angeregten Genehmigungsverfahrens 1073

Nds. OVG, Beschl. v. 25.04.2019 – 11 LB 498/18
Vollstreckungsbefugnis bei Vollstreckung aus einem
gerichtlichen Vergleich 1077

Oberlandesgerichte

OLG Koblenz, Beschl. v. 26.03.2019 – 1 W 524/18 Baul
Zur Durchführung des selbständigen Beweisverfahren
in Baulandsachen 1079

Rechtsprechung in Leitsätzen

Nds. OVG, Ur. v. 27.09.2017 – 1 KN 168/15
Vorhabenbezogener Bebauungsplan für ein
Industriekraftwerk 1080

Hamburgisches OVG, Ur. v. 08.04.2019 – 1 Bf 200/15
Keine Betriebsuntersagung eines genehmigten
Windparks aufgrund von Schutzpflichten 1080

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir zwei Beilagen der
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. und
der Verlag Dr. Otto Schmidt KG.
Wir bitten freundlich um Beachtung.

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 23/2019



Inhalt

Aufsätze		<i>M. Habersack</i> , Angemessene Gegenleistung (§ 31 WpÜG) versus angemessene Abfindung (§§ 305, 327 b AktG) nach „BKN“ und „Postbank“	881
		<i>M. Danzeglocke/J. Fischer</i> , Sperrjahr und Ausschüttungssperre bei Liquidation der GmbH & Co. KG?	886
		<i>P. Schöning/A. Steininger</i> , Beherrschungsverträge mit einer Personengesellschaft als beherrschtem Konzernunternehmen	890
Bericht		<i>A. Commandeur/Kr. Brocker</i> , Aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht – Der Beitrag beleuchtet eine Auswahl der jüngsten Entscheidungen im Insolvenzrecht und zeigt deren Praxisrelevanz auf	895
Zur Rechtsprechung		<i>S. Leidel</i> , Darlehensausfall und -verzicht im internationalen Konzern – Änderung der BFH-Rechtsprechung zur Sperrwirkung von Doppelbesteuerungsabkommen	898
		<i>J. Lantermann</i> , Einstweilige Anordnungen in Freigabeverfahren	901
Personalien		<i>T. Florstedt</i> , Ulrich Seibert zum 65. Geburtstag	903
Literatur		<i>M. Habersack/H. Wicke</i> , Umwandlungsgesetz (<i>A. Heidinger</i>)	904
Rechtsprechung			
		<i>Personengesellschaftsrecht</i>	
OGH Wien	24. 1.19 – 6 Ob 55/18h	Unzulässigkeit von Geschlechterklauseln in Gesellschaftsverträgen mit Anmerkung von <i>S. Kalss</i>	904 912
		<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>	
KG	10. 7.19 – 2 W 16/19	Anspruch auf Einreichung einer korrigierten Gesellschafterliste – Leistungsklage gegen GmbH	913
		<i>Kapitalmarktrecht</i>	
BGH	21. 5.19 – II ZR 340/18	Verjährungsbeginn für Schadensersatzansprüche wegen Aufklärungs- oder Beratungspflichtverletzungen bei Fondsbeteiligung – Frühestens mit Zustandekommen des Beteiligungsvertrags	915

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-604, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Mehling*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDE33XXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2019: Jährlich € 435,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 399,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 15,50 (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

Aufsätze

Brömmelmeyer, Prof. Dr. Christoph

Effektiver Verbraucherschutz durch die BaFin

– Hält § 4 Abs. 1 a FinDAG im Bereich der Versicherungsaufsicht was er verspricht? –

909

Goretzky, Dr. Kai-Michael

Online durchgeführte Risikoprüfungen und Schadensregulierungen

– Anmerkungen zu automatisierten Einzelfallentscheidungen aus digitaler Perspektive –

916

Günther, Prof. Dr. Dirk-Carsten

Überspannungsschäden und Haftung nach der NAV und dem ProdHaftG

– Zugleich Anmerkung zum Urteil des OLG Brandenburg vom 26. 2. 2019 (6 U 26/18) VersR 2019, 958 –

922

Bücher

924

Literaturhinweise

926

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht

Sämtliche Versicherungszweige

LG Köln 19. 9. 2018 (26 O 79/18) Anforderungen an das qualifizierte Mahnschreiben gem. § 38 VVG 927

Lebensversicherung

OLG Hamm 13. 3. 2019 (20 U 183/18) **Wirksame Einschränkung des Leistungsversprechens „regelmäßige Auszahlung“ durch Erfordernis ausreichender Zahl von Poolanteilen** 928

Unfallversicherung

BGH 22. 5. 2019 (IV ZR 73/18) **Keine Informationspflicht des Versicherers gegenüber der versicherten Person bei einer Versicherung für fremde Rechnung** 931

Kfz-Kaskoversicherung

OLG Hamm 19. 12. 2018 (20 U 155/18) Leistungsfreiheit wegen unterlassener Angaben 934

Rechtsschutzversicherung

OLG Karlsruhe 8. 3. 2019 (12 U 33/18) **Klausel über Pflicht zur Mitteilung der „zur Beitragsberechnung erforderlichen Angaben“ ist unwirksam** 935

Handyversicherung

AG Wiesbaden 29. 1. 2019 (91 C 2911/18 [28]) Aufbewahrung eines Handys in vorderer Hosentasche reicht für sicheren persönlichen Gewahrsam aus 940

Vertriebsrecht

Versicherungsvertreter

OLG München 27. 3. 2019 (7 U 618/18) **Pflicht des Versicherers zur Nachbearbeitung notleidender Versicherungsverträge auch bei vom VN widerrufenem Versicherungsvertrag** 941

Haftungsrecht

Anwaltsvertrag

BGH 13. 12. 2018 (IX ZR 216/17) Haftung des Pflichtverteidigers wegen Aufklärungspflichtverletzung bei Abschluss einer Vergütungsvereinbarung 944

Arzthaftung

OLG Köln	16. 1. 2019	(5 U 29/17)	Einwilligungserklärung unmittelbar nach der Aufklärung kann die Entscheidungsfreiheit des Patienten unzulässig verkürzen	947
----------	-------------	-------------	--	-----

Enteignungsentschädigung

BGH	31. 1. 2019	(III ZR 186/17)	Verlust einer nach EU-Recht möglichen Betriebsprämie als ein entschädigungsfähiger Nachteil nach dem FlurbG	950
-----	-------------	-----------------	---	-----

Persönlichkeitsrecht

BGH	9. 4. 2019	(VI ZR 89/18)	Haftung einer Fernsehanstalt auf Ersatz von Rechtsverfolgungskosten wegen des Uploads eines rechtswidrigen Filmberichts	953
-----	------------	---------------	--	-----

Produkthaftung

OLG Brandenburg	26. 2. 2019	(6 U 26/18)	Schadensersatzpflicht des Energieversorgers für Überspannungsschäden beim Endverbraucher	958
-----------------	-------------	-------------	--	-----

Sittenwidrige Schädigung

BGH	7. 5. 2019	(VI ZR 512/17)	Haftung eines GmbH-Geschäftsführers gegenüber den Gesellschaftsgläubigern bei Herbeiführung der Insolvenz der Gesellschaft	959
-----	------------	----------------	---	-----

Zurechnung

BGH	21. 5. 2019	(VI ZR 299/17)	Ersatzfähigkeit von Schockschäden bei ärztlichen Behandlungsfehlern	960
-----	-------------	----------------	--	-----

Prozessrecht

Drittwiderklage

BGH	11. 10. 2018	(I ZR 114/17)	Zulässigkeit einer isolierten Drittwiderklage bei Streit um Wirksamkeit der Abtretung von Ansprüchen aus § 63 VVG	962
-----	--------------	---------------	--	-----

Steuerrecht

Versicherungsteuer

FG Köln	16. 3. 2018	(2 K 1430/14)	Umbuchungsversicherung unterliegt der Versicherungsteuer	966
---------	-------------	---------------	---	-----

Auslandsrecht (Österreich)

Lebensversicherung

OGH	21. 11. 2018	(7 Ob 133/18 m)	Rechtsmissbräuchlicher Rücktritt von einem Kaufvertrag über Secondhand-Polizzen	970
-----	--------------	-----------------	---	-----

BBK

KURZNACHRICHTEN

- 759 Steuerrecht aktuell
Bernd Rätke

BUCHFÜHRUNGS-SEMINAR

- 768 **Ermittlung und Erfassung des Wareneinsatzes**
Udo Cremer
► Kurzfassung NWB LAAAH-27373

BEITRÄGE

- 772 Buchführung
Muster-Verfahrensdokumentation zur ordnungsmäßigen Kassenführung
Stephan Greulich und Tobias Teutemacher
► Kurzfassung NWB FAAA-27375
- 776 Bilanzierung
Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen
Rüdiger Happe
► Kurzfassung NWB ZAAA-27377

NWB Datenbank ► Beitrag inklusive elektronischer Arbeitshilfe

- 783 Steuerrecht
Teilwertabschreibungen von unbesicherten Darlehen an Tochtergesellschaften im Ausland
Hans-Ulrich Kühn
► Kurzfassung NWB TAAA-27379

- 787 Außenprüfung
Tatsächliche Verständigung mit dem Finanzamt
Bernd Rätke
► Kurzfassung NWB AAAA-27381

PRAXISFALL

- 797 **Fallstricke aufgrund unrichtiger Bilanzansätze bei späteren Umwandlungen**
Georg Harle und Irene Gettmann
► Kurzfassung NWB UAAA-27383
- 804 Impressum



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Galerie



Siehe auch



Quelle



Video



Berechnung



Merksatz

Betriebs Berater

33 | 2019

Recht ... Wirtschaft ... Steuern ... Mobilitäts-RL ... InvStG 2018 ... Organschaft ... M&A ... 12.8.2019 | 74. Jg. Seiten 1857-1920

DIE ERSTE SEITE

Stefan Gieringer

Nullzins in der bAV – die Risiken werden real und teuer



WIRTSCHAFTSRECHT

Dominik Eickemeier, RA/FA für Gewerblichen Rechtsschutz, und **Carsten Brodersen**

Der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des fairen Wettbewerbs | 1859

Dr. Julia Kraft, LL.M.

„Grenzüberschreitende Vorhaben“ nach Annahme der Mobilitätsrichtlinie durch das Europäische Parlament – wesentliche Änderungen im Vergleich zum Kommissionsentwurf | 1864

STEUERRECHT

Dr. Peter Schäfer, RA/FAStR/Syndikus-RA

Neue Haftungsrisiken für Steuerberater bei Anlagen in Investmentfonds im Zuge der Investmentsteuerreform 2018 (Teil I) | 1879

Ulf Erik Belcke, RA/StB, und **Eike Christian Westermann**, LL.M., RA/StB/FAStR/FAHaGesR

Die Besteuerung öffentlicher Unternehmen: Praxisrelevante Hinweise zu Organschaftsgestaltungen, Breitbandausbau, Konzessionsabgaben sowie zu § 2b UStG und Kapitalertragsteuer | 1885

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Felix A. Hermes, M. A. HSG, **Julian L. Frings** und **Prof. Dr. Thomas Berndt**

Neues M&A Window Dressing? – Wie Unternehmen durch Tone Management Einfluss auf die eigene Bewertung nehmen (können) | 1899

ARBEITSRECHT

David Johnson, LL.M., RA

Gutes Timing ist alles – Zur Massenentlassungsanzeige bei Aufhebungsverträgen | 1909

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Gerichtszuständigkeit bei Schadensersatzklagen wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens – Tibor Trans (29.7.2019 – C-451/18)

BGH: Insolvenzanfechtung – Verpflichtung der Gesellschaft zur Rückzahlung eines von ihrem Gesellschafter erhaltenen Geldbetrags – Einordnung als darlehensgleiche Forderung (27.6.2019 – IX ZR 167/18)

BGH: Beginn der Verjährung einer Vergütungsforderung des Stromlieferanten in der Grundversorgung (17.7.2019 – VIII ZR 224/18)

BGH: Rügeobliegenheit in AGB eines Weinkommissionärs (2.7.2019 – VIII ZR 74/18)

OVG Lüneburg: Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters gegenüber dem Finanzamt bzgl. personenbezogener Daten des Insolvenzschnuldners (20.6.2019 – 11 LC 121/17)

OLG Koblenz: Dieselskandal – VW-Haftung wegen vorsätzlich sittenwidriger Schädigung (12.6.2019 – 5 U 1318/18)

OLG Düsseldorf: Aufnahme geänderter Gesellschafterlisten in den Registerordner (18.3.2019 – 3 Wx 53/18)

Verwaltung

BaFin: Directors' Dealings – Anhebung des Schwellenwerts auf 20 000 Euro geplant

Aufsätze

Dominik Eickemeier, RA/FA für Gewerblichen Rechtsschutz, und Carsten Brodersen

Der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des fairen Wettbewerbs

Das Bundeskabinett hat am 15.5.2019 einen Gesetzesentwurf beschlossen, der mittels mehrerer Maßnahmen den fairen Wettbewerb umfangreich fördern soll. Im Kern zielt dieser Entwurf auf die Verhinderung solcher missbräuchlicher Abmahnungen, die maßgeblich darauf abzielen, Gebühren und Vertragsstrafen zu generieren und so eben nicht den fairen Wettbewerb fördern. Dabei hat der Entwurf vor allem den Schutz von Verbrauchern und Kleinstunternehmen im Sinn, die aufgrund geringfügiger Verstöße vermeintlich vermehrt Opfer dieser Praktik werden.

Mobilitäts-RL

Dr. Julia Kraft, LL.M.

„Grenzüberschreitende Vorhaben“ nach Annahme der Mobilitätsrichtlinie durch das Europäische Parlament

Wesentliche Änderungen im Vergleich zum Kommissionsentwurf

Das „Company Law Package“ enthält neben Vorschlägen zur Digitalisierung des europäischen Gesellschaftsrechts Regelungen zu sogenannten „grenzüberschreitenden Vorhaben“. Der Beitrag geht der Frage nach, welche wesentlichen Änderungen sich im Vergleich zum Richtlinienentwurf der Kommission „im Hinblick auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen“ ergeben haben.

Entscheidungen

BGH: Prozessfinanzierer II – Unzulässigkeit der von einem gewerblichen Prozessfinanzierer finanzierten Gewinnabschöpfungsklage eines Verbraucherverbands (9.5.2019 – I ZR 205/17)

BGH: Werbeprospekt mit Bestellpostkarte II – Informationspflichten zum Widerrufsrecht bei begrenzter Darstellungsfläche (11.4.2019 – I ZR 54/16)

1857

1859

1864

1869

1873

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Entstehung einer Zoltschuld aufgrund zollrechtlichen Fehlverhaltens (10.7.2019 – C-26/18)

BFH: Grunderwerbsteuerbefreiung bei Öffentlich Privater Partnerschaft (10.4.2019 – II R 16/17)

BFH: Klagebefugnis bei Verlustfeststellungsbescheid nach § 15b Abs. 4 EStG; Voraussetzungen eines Steuerstundungsmodells i. S. von § 15b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 EStG (6.6.2019 – IV R 7/16)

FG Münster: Umsatzsteuerliche Organschaft – Organisatorische Eingliederung einer Bank in ihren alleinigen Gesellschafter (18.6.2019 – 15 K 3739/16 U)

FG Münster: Bindungswirkung einer vom örtlich unzuständigen Finanzamt erteilten verbindlichen Auskunft (17.6.2019 – 4 K 3539/16 F)

FG Köln: Bestimmter Sachverhalt i. S. d. § 174 Abs. 4 AO (21.2.2019 – 10 K 1074/17)

Gesetzgebung

BReg: Besteuerung von Optionsgeschäften

Aufsätze

InvStG 2018

Dr. Peter Schäfer, RA/FAStR/Syndikus-RA

1879

Neue Haftungsrisiken für Steuerberater bei Anlagen in Investmentfonds im Zuge der Investmentsteuerreform 2018 (Teil I)

Zum 1.1.2018 ist die Investmentsteuerreform (InvStRefG vom 19.7.2016) in Kraft getreten. Eine der wesentlichen Grundentscheidungen des Gesetzgebers im neuen Investmentsteuerrecht (InvStG 2018) ist die Schaffung von zwei nahezu völlig unabhängigen Besteuerungssystemen, die strikt voneinander zu trennen sind. In der Fachliteratur wurde die Reform der Investmentbesteuerung u.a. auch als „Revolution im Bereich der Publikumsfonds und Evolution bei den Spezialfonds“ (Kammerer, NWB 2012, 1970) umschrieben.

Organschaft

Ulf Erik Belcke, RA/StB, und Eike Christian Westermann, LL.M., RA/StB/FAStR/FAHaGesR

1885

Die Besteuerung öffentlicher Unternehmen: Praxisrelevante Hinweise zu Organschaftsgestaltungen, Breitbandausbau, Konzessionsabgaben sowie zu § 2b UStG und Kapitalertragsteuer

Der Beitrag zeigt Zweifelsfälle der Anwendung des § 14 Abs. 2 KStG n.F. und die Notwendigkeit einer ergänzenden Verwaltungsanweisung auf. Außerdem weisen die Verfasser auf die mögliche Ausweitung der Querverbundverrechnung von Breitbandaktivitäten hin. Belcke/Westermann bieten zudem ein Update zur Einführung des § 2b UStG und geben vor dem Hintergrund des jüngsten BMF-Schreibens vom 28.1.2019 praktische Umsetzungshinweise zur Kapitalertragsbesteuerung bei BgA.

Entscheidungen

BFH: Besteuerung laufender Kapitalerträge aus Vollrisikopapieren nach dem 31.12.2008 (28.5.2019 – VIII R 7/16)

1891

BFH: Grunderwerbsteuer bei Rückerwerb (20.2.2019 – II R 27/16 – dazu BB-Kommentar von Dr. Stefan Behrens, RA/FAStR/StB)

1893

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1897

Rechnungslegung

IASB: Vorgeschlagene Änderungen an IAS 1 und IFRS Practice Statement 2

IPSASB: Verbesserungen an den IPSAS 2019

EFRAG: Agendakonsultation für das European Corporate Reporting Lab @EFRAG

BReG: Regierungsentwurf des Jahressteuergesetzes – Sonderabschreibung für Elektrolieferfahrzeuge

Wirtschaftsprüfung

IESBA: Geplante Änderungen am Code of Ethics zur Rolle und ethischen Haltung von Berufsangehörigen

IDW: Fünf-Minuten-Umfrage zur ISA-Anwendung

IDW: Stellungnahme zur Definition von Umsatzerlösen

IDW: Stellungnahmen zu E-DRÄS 9 und E-DRÄS 10

WPK: Ergebnisse des Prüfungstermins I/2019 zum WP-Examen – Modularisierung stärkt das Interesse am Beruf

WPK: Wie mache ich Zertifikate bekannt?

WPK: Neue Softwarelösungen für die Abschlussprüfung in den WPK-Digitalisierungskompass aufgenommen

Lünendonk: Im Jahr 2026 werden mehr Prüfungshandlungen mittels Maschinen ausgeführt als durch Menschen

Aufsatz

Felix A. Hermes, M. A. HSG, Julian L. Frings und Prof. Dr. Thomas Berndt

1899

Neues M&A Window Dressing? – Wie Unternehmen durch Tone Management Einfluss auf die eigene Bewertung nehmen (können)

Unternehmen versuchen auf vielfältige Art und Weise Einfluss auf die Wahrnehmung durch Investoren und Analysten zu nehmen, etwa indem sie Bilanzpolitik betreiben oder durch die Gestaltung ihrer Unternehmenskommunikation. In dem Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob Unternehmen Tone-Management-Strategien anwenden, also bewusst kommunikativ Einfluss auf die eigene Bewertung nehmen, und welche Konsequenzen sich daraus für Unternehmen und Investoren ergeben. Dazu werden zunächst das Konzept des Financial Communication Management erläutert (Abschn. II.) und Anreize zum Financial Communications Management im Rahmen von M&A-Transaktionen aufgezeigt (Abschn. III.). Anschließend präsentieren die Autoren die Ergebnisse einer Untersuchung von europäischen Unternehmenstransaktionen zum Ausmaß von Tone Management in M&A-Telefonkonferenzen (Abschn. IV.) und legen dar, welche Implikationen dies für die Praxis hat (Abschn. V.).

Entscheidung

BFH: Keine zeitliche Verrechnungsreihenfolge in § 8b Abs. 8 Satz 2 KStG

1904

(13.2.2019 – I R 21/17 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Florian Kleinmanns, StB/RA/FAStR)

Neuerscheinung Buch

Rammert/Hommel/Wüstemann, Konzernbilanzierung case by case

Lösungen nach HGB und IFRS

6. Auflage 2018, 386 Seiten, Kt., € 38,90

ISBN: 978-3-8005-0018-5 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1907

Entscheidungen

BAG: Kürzung des Urlaubsanspruchs wegen Elternzeit (19.3.2019 – 9 AZR 495/17)

BAG: § 17 Abs. 1 S. 1 BEEG ist unionsrechtskonform (19.3.2019 – 9 AZR 362/18)

BAG: Tarifliche sachgrundlose Befristung von sieben Jahren unzulässig (17.4.2019 – 7 AZR 410/17)

BAG: Zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Fluguntauglichkeit (17.4.2019 – 7 AZR 292/17)

BAG: Freiwilligendienstverhältnis in entwicklungspolitischen Programm kein Arbeitsverhältnis (9.4.2019 – 9 AZB 2/19)

LAG Bayern: Auslegungszeitpunkt von Wahllisten für Betriebsratswahl (16.4.2019 – 7 TaBV 21/18)

ArbG Stuttgart: Rassistische Äußerungen als Kündigungsgrund (7.2.2019 – 11 Ca 3994/18)

Verbände

DGB: DGB fordert Einführung des Transformationskurzarbeitergeldes

Aufsatz

David Johnson, LL.M., RA

1909

Gutes Timing ist alles – Zur Massenentlassungsanzeige bei Aufhebungsverträgen

Das Anforderungsprofil einer rechtskonformen Massenentlassungsanzeige nach Maßgabe des § 17 Abs. 1 KSchG ist aufgrund einer oftmals kaum nachvollziehbaren Verwaltungspraxis der Bundesagentur für Arbeit sowie einem teils überbordendem Formalismus regelmäßig nicht zu unterschätzen. Etwaige individualarbeitsrechtliche Konsequenzen einer insoweit nicht ordnungsgemäßen Massenentlassungsanzeige indizieren für Arbeitgeber ein durchaus signifikantes wirtschaftliches Risiko – zudem trägt auch eine nahezu unüberschaubare Einzelfallrechtsprechung elementar zur arbeitsrechtlichen Komplexität von Massenentlassungen bei. Im Lichte teils erheblich divergierender landesarbeitsgerichtlicher Entscheidungen aus jüngster Zeit wird daher nunmehr summarisch untersucht, ob und ggf. inwieweit Aufhebungsverträge im Rahmen von § 17 Abs. 1 KSchG zu berücksichtigen sind.

Entscheidungen

Hessisches LSG: Unfall während Spaziergang in der Pause kein Arbeitsunfall (14.6.2019 – L 9 U 208/17)

1913

BAG: Nachträgliche Beteiligung des Betriebsrats bei Einstellung (21.11.2018 – 7 ABR 16/17 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Patrick Flockenhaus, LL.M., FAArbR)**

1917

Die Erste Seite

Stefan Gieringer

Nullzins in der bAV – die Risiken werden real und teuer!

Impressum/Vorschau

VIII

D3-Z12

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
Prof. Dr. Johanna Hey
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
Friedrich Merz
Dr. Thomas Wachter

Magazin

Gastkommentar

Sebastian Benz
Frankreich prescht voran:
Einführung einer 3%-igen
Verbrauchssteuer auf digitale
Dienstleistungen

Standpunkte: Legal Tech im Arbeitsrecht (Teil 2)

Thomas Hey/Artur-Konrad Wypych
Rechtsanwälte und Berater

Marion Bernhardt/Verena Oechslen
Scheinselbstständigkeit

Betriebswirtschaft

Andreas Schüler/Bernhard Schwetzler
Verschuldung und Unternehmenswert – Anmerkungen zum
IDW Praxishinweis 2/2018 1745

Veröffentlichung von E-DRÄS 9 (C. Zwirner/J. Busch) 1751

Steuerrecht

Christian Kaltenberg/Goetz Kempelmann/Jan Rieck
Kehrtwende des BFH in Sachen Konzernrückhalt und DBA-Sperrwirkung 1752

Andreas Kowallik
DAC 6: Ein Schritt hin zu mehr Echtzeit-Meldungen im deutschen
Besteuerungsverfahren? 1759

KapEst für vGA einer dauerdefizitären kommunalen Eigengesellschaft
(C. Neugebauer) 1765

RegE eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der
Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften
und RegE eines Gesetzes zur Änderung des GrEStG (M. Bartelt/A. Bock) 1767

Rückstellung für die Kosten der Aufbewahrung von Mandantendaten (BFH) 1769

Wirtschaftsrecht

Johanna Stark
Haftung des Steuerberaters für die Verletzung integritätsbezogener
Aufklärungspflichten 1777

Kartellrechtliches Vollzugsverbot: EU-Kommission gegen Canon
(M. Nuys/D. Rasche) 1782

Einreichung einer Gesellschafterliste unter Missachtung einstweiliger Verfü-
gung: Keine Legitimationswirkung gem. § 16 Abs. 1 Satz 1 GmbHG (BGH) 1783

Arbeitsrecht

Stefan Müller
Das Gebot fairen Verhandeln von Aufhebungsverträgen 1792

Secondment, Versetzung und Betriebsübergang (C. Krois) 1799

Rechte des Betriebsrats: Einsicht in nicht anonymisierte Listen über
Bruttolöhne und -gehälter (F. Möller) 1800

Im Abonnement enthalten:

**DER LIVE
BETRIEB**
ihre App - täglich aktuell

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

**Handelsblatt
FACHMEDIEN**

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar <i>Sebastian Benz</i>	M4
Aktuelle Rechtsprechung	M6
Kurzbeiträge	M8
Anhängige Verfahren	M13
Meldungen	M14
Standpunkte: Legal Tech im Arbeitsrecht (Teil 2) <i>Thomas Hey / Artur-Konrad Wypych Marion Bernhardt / Verena Oechslen</i>	M18
Impressum	M22
Worte der Woche	M24

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Unternehmensbewertung Verschuldung und Unternehmenswert - Anmerkungen zum IDW Praxishinweis 2/2018 <i>Prof. Dr. Andreas Schüler, München / Prof. Dr. Bernhard Schwetzler, Leipzig</i> DB1307338 (Kurzfassung vgl. S. M8)	S. 1745
--	---------

KOMPAKT

Rechnungslegung Veröffentlichung von E-DRÄS 9 <i>WP/StB Prof. Dr. Christian Zwirner / WP/StB Dr. Julia Busch, beide München</i> DB1309424	S. 1751
---	---------

STEUERRECHT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht Kehrtwende des BFH in Sachen Konzernrückhalt und DBA-Sperrwirkung <i>StB Dr. Christian Kahlenberg, M.Sc./LL.M. / RA Dr. Goetz Kempelmann, LL.M. / Jan Rieck, M.Sc., alle Bonn</i> DB1308494 (Kurzfassung vgl. S. M9)	S. 1752
--	---------

Internationales Steuerrecht/Digitalisierung DAC 6: Ein Schritt hin zu mehr Echtzeit-Meldungen im deutschen Besteuerungsverfahren? <i>StB Dr. Andreas Kowallik, München</i> DB1307775 (Kurzfassung vgl. S. M10)	S. 1759
--	---------

KOMPAKT

Kapitalertragsteuer KapEst für vGA einer dauerdefizitären kommunalen Eigengesellschaft <i>StBin Prof. Dr. Claudia Neugebauer, Wuppertal</i> DB1308538	S. 1765
Grunderwerbsteuer/Einkommensteuer RegE eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften und RegE eines Gesetzes zur Änderung des GrEStG <i>RA/StB Dr. Martin Bartelt / RA/StB Dr. Andreas Bock, München</i> DB1311393	S. 1767

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Lohnsteuer Muster für die LSt-Anmeldung 2020 <i>BMF, Schreiben vom 24.07.2019</i> DB1310768	S. 1768
Umsatzsteuer Entgeltliche Personalüberlassung durch jPÖR <i>Landesamt für Steuern Niedersachsen, Verfügung vom 15.07.2019</i> DB1310769	S. 1769

ENTSCHEIDUNGEN

Bilanzsteuerrecht Rückstellung für die Kosten der Aufbewahrung von Mandantendaten (und Handakten) im DATEV-Rechenzentrum bei einer Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft <i>BFH, Urteil vom 13.02.2019 - XI R 42/17</i> DB1311618	S. 1769
Einkommensteuer Zwischengewinne als Verlust i.S.d. §15b Abs.1 EStG <i>BFH, Urteil vom 07.05.2019 - VIII R 29/15</i> DB1311209	S. 1772
Finanzgerichtsordnung Wiedereinsetzung - Versendung einer Datei aus dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA) <i>BFH, Beschluss vom 05.06.2019 - IX B 121/18</i> DB1311204	S. 1775

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Steuerberaterrecht

Haftung des Steuerberaters für die Verletzung integritätsbezogener Aufklärungspflichten

Dr. Johanna Stark, M.Phil., München

DB1309880 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 1777

KOMPAKT

Kartellrecht

Kartellrechtliches Vollzugsverbot:

EU-Kommission gegen Canon

RA Dr. Marcel Nuys / David Rasche, beide Düsseldorf

DB1310788

S. 1782

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht

Einreichung einer Gesellschafterliste unter Missachtung einstweiliger Verfügung: Keine Legitimationswirkung gem. § 16 Abs. 1 Satz 1 GmbHG

BGH, Urteil vom 02.07.2019 – II ZR 406/17

DB1311243

S. 1783

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Kündigungsrecht

Das Gebot fairen Verhandeln von Aufhebungsverträgen

RA/FAArbR Dr. Stefan Müller, Leipzig

DB1306843 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 1792

KOMPAKT

Betriebsübergang

Secondment, Versetzung und Betriebsübergang

RA Christopher Krois, EMBA, Hamburg

DB1308547

S. 1799

Betriebsverfassungsrecht

Rechte des Betriebsrats: Einsicht in nicht anonymisierte Listen über Bruttolöhne und -gehälter

RA Dr. Frederik Möller, Frankfurt/M.

DB1307294

S. 1800



10. September 2019 | Köln

Fachtagung Umsatzsteuer Reformen | VAT Compliance | Strafrecht

■ **Update EU-Commission:**
quick fixes for intra-Community trade and VAT definitive regime proposal (Vortrag auf Englisch)
Antonio Victoria-Sanchez, Commission official working in the VAT Unit in DG TAXUD

■ **Best Practice:**
Handhabung von Reihengeschäften innerhalb eines Konzerns
Jan Koerner, Director VAT in der Steuerrechtsabteilung der BASF SE

■ **Neuregelungen ab 1.1.2020 – Diskussion des aktuellen Gesetzesentwurfs mit Vertretern aus Praxis, Verwaltung und Wissenschaft**

Teilnehmer: Dr. Christoph Wäger, Wolfgang Tausch
Prof. Dr. Gabi Meissner, Annette Selzer, Jan Koerner

■ **Aktuelle EuGH und BFH-Rechtsprechung mit besonderer Bedeutung für Unternehmen**
Dr. Christoph Wäger, Richter am Bundesfinanzhof (in nicht dienstlicher Funktion)

■ **Prozessoptimiertes VAT Compliance Management: Einführung eines VAT IKS anhand eines Praxisbeispiels**
Dr. Roger Gothmann, Umsatzsteuer-Experte
E-Commerce, Taxdoo

u.v.m.

EU-Kommission:
Erstmals mit einem
Vertreter der VAT Unit

VERANSTALTUNGSDetails

Termin:
10. September 2019 | 8:30 bis 17:30 Uhr

Veranstaltungsort:
Pullman Cologne

Teilnahmegebühr:
595 € zzgl. MwSt.

Fachtagung Umsatzsteuer + Lehrgang
VAT-Expert (Bundle): 2.795 € zzgl. MwSt.
(Doppelrabattierungen ausgeschlossen)

Information und Anmeldung: www.fachmedien.de/umsatzsteuer | Fon 0211 887-2850 | eMail: veranstaltungen@fachmedien.de

40. Jahrgang
Heft 32
9. August 2019

Herausgeber:

RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-Aktuell

EuGH: (Mit-)Verantwortung von Webseitenbetreiber für Datenerhebung durch Facebook	A 61 Nr. 205
BGH zur Insolvenzanfechtung bei kontokorrentähnlichem Gesellschafterdarlehen	A 61 Nr. 206
BGH: Keine Inhaltskontrolle von AGB mit unmittelbarer Bestimmung der Hauptleistung	A 62 Nr. 207
BFH zur Abfärbewirkung bei Beteiligungseinkünften einer Personengesellschaft	A 62 Nr. 208
EU: RL zur Online-Gründung von GmbH	A 62 Nr. 209



Aufsätze

<i>Dominik Skauradzun, Fulda</i>	Die Restrukturierungsrichtlinie und das „verschwitze“ internationale Zivilverfahrensrecht	1501
<i>Sabine Riesner, München</i>	Sisyphusaufgabe: Vereinbarkeit von effektivem kollektiven Verbraucherschutz mit der Vermeidung einer kommerziellen Klageindustrie?	1507

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Stuttgart 28. 5. 2019 – 6 U 78/18	Zum Widerruf eines Allgemein-Verbraucherdarlehens zur Finanzierung eines damit verbundenen Autokaufs	1516
---------------------------------------	---	------

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

BGH	2. 7. 2019 – II ZR 406/17 +	Keine Satzungsänderung durch Einrichtung eines Aufsichtsrats bei einer GmbH auf Grundlage einer Öffnungsklausel im Gesellschaftsvertrag . . .	1521
OLG Düsseldorf	20. 3. 2019 – I-3 Wx 20/18	Keine Erklärungspflicht des den Liquidator bei Anmeldung der Auflösung der Gesellschaft vertretenden Notars über ihm vorliegende Urschrift oder ihm übermittelte elektronische Aufzeichnung des Gesellschafterbeschlusses	1530
OLG Köln	27. 2. 2019 – 18 W 53/17	Zur Beschränkung des Verfahrenswerts im Klagezulassungsverfahren auf 10 % des Grundkapitals	1532
OLG Celle	23. 10. 2018 – 9 U 42/18	Hinweispflicht des Treuhandkommanditisten gegenüber Anlegern auf Möglichkeit des Entfalls der Befristung der Publikums-KG durch Einbringung in anderes Unternehmen (LS)	1533

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	8. 4. 2019 – NotSt (Brfg) 5/18	Zur disziplinarischen Ahndung der Mitwirkung eines Notars an Firmenbestattungen	1534
-----	--------------------------------	--	------

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	28. 3. 2019 – IX ZR 7/18	Zur Kenntnis des Anfechtungsgegners von der Schlüssigkeit eines Sanierungskonzepts	1537
OLG München	28. 2. 2019 – 34 Wx 325/18	Keine Beschwerdebefugnis des Bestellers gegen Zurückweisung seines Antrags auf rechtsändernde Grundbucheintragung nach Insolvenzeröffnung über sein Vermögen	1538
LG Bad Kreuznach	12. 4. 2019 – 1 T 29/19	Zu den Voraussetzungen der Zulässigkeit eines Insolvenzantrags der Staatsanwaltschaft	1542
OLG Frankfurt/M.	25. 2. 2019 – 29 U 81/18	Feststellung einer Werklohnforderung zur Insolvenztabelle als Abnahme der Werkleistung (LS)	1544
OVG Lüneburg	20. 6. 2019 – 11 LC 121/17	Insolvenzverwalter nicht „Betroffener“ i. S. d. DSGVO hinsichtlich der beim Finanzamt gespeicherten personenbezogenen Daten des Insolvenzschuldners (LS) . . .	1545

Arbeits- und Sozialrecht

LAG Frankfurt/M.	10. 12. 2018 – 16 TaBV 130/18	Unveränderter Auskunftsanspruch des Betriebsrats über geleistete Sonderzahlungen unter neuem Datenschutzrecht	1545
LAG Halle	18. 12. 2018 – 4 TaBV 19/17	Anspruch des Betriebsrats auf Einsichtnahme in die nichtanonymisierten Listen der Bruttolöhne und -gehälter (LS)	1548
LAG Hannover	22. 10. 2018 – 12 TaBV 23/18	Anspruch des Betriebsrats auf Einsichtnahme in die nichtanonymisierten Listen der Bruttolöhne und -gehälter (LS)	1548

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Prof. Dr. Markus Gehrlein, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Die Schenkungsanfechtung (§ 134 InsO) im Drei-Personen-Verhältnis 1241

Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt Dr. Stefan Janssen, Frankfurt a. M.
Das Verbringen der Kaufsache an einen anderen Ort nach Ablieferung und dadurch ausgelöste Mehrkosten im
Nacherfüllungsfall – Lieferantenschutz (B2B) durch AGB-Klausel? 1246

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 21.5.2019 II ZR 340/18* Beginn der Verjährung von Schadensersatzansprüchen eines Anlegers wegen Aufklärungs- oder Beratungspflichtverletzungen im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an einer Fondsgesellschaft frühestens mit dem Zustandekommen des Beteiligungsvertrags 1254

OLG Dresden 6.3.2019 5 U 1146/18 Keine weitergehenden Schutzpflichten gegenüber einem Dritten aus einem Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter als gegenüber dem eigentlichen Vertragspartner 1256

OLG München 15.2.2019 8 U 1117/18 Zur Frage der Rechtzeitigkeit der Prospektübergabe und eines „Beweiswürdigungsverbots“ für AGB-rechtlich unwirksame Erklärungen 1260

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 7.5.2019 VI ZR 512/17* Zur Haftung des Geschäftsführers einer GmbH gegenüber den Gesellschaftsgläubigern wegen eines zur Insolvenz der Gesellschaft führenden „Griffs in die Kasse“ 1262

OLG Düsseldorf 25.4.2019 I-6 U 28/18 Zum Abfindungsanspruch eines GmbH-Geschäftsführers 1264

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 6.6.2019 IX ZR 272/17* Abtretung von Vergütungsforderungen eines Kassenzahnarztes gegen seine Kassenzahnärztliche Vereinigung nur wirksam, sofern die Informationsrechte des Forderungserwerbers abbedungen sind; zur Frage, in welches Vermögen vor Insolvenzeröffnung sicherheitshalber abgetretene Forderungen des Kassenzahnarztes gegen die Kassenzahnärztliche Vereinigung fallen, wenn der Insolvenzverwalter dessen selbständige Tätigkeit freigegeben hat (Aufgabe von BGH, Urteil vom 18. April 2013 = WM 2013, 1129) 1269

Wettbewerbsrecht

- Bundesgerichtshof 9.10.2018 KRB 60/17 Zur Frage, wie der Tatrichter im Rahmen eines Kartellbußgeldverfahrens bei der Ermessensausübung nach § 77 Abs. 2 Nr. 1 OWiG mit der Möglichkeit umzugehen hat, einen (präsenten) Zeugen sofort zu vernehmen; zur Pflicht des Tatrichters, in einem rechtlich und tatsächlich komplexen Kartellbußgeldverfahren ungeachtet der Regelung in § 77 Abs. 3 OWiG in dem ablehnenden Gerichtsbeschluss (§ 244 Abs. 6 StPO) zu begründen, weshalb die beantragte Beweiserhebung zur Erforschung der Wahrheit nicht erforderlich ist 1276
- Bundesgerichtshof 11.12.2018 KZR 66/17 Vorlagebeschluss zur Frage, ob der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung nach Art. 7 Nr. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 für eine auf Unterlassung bestimmter Verhaltensweisen gerichtete Klage eröffnet ist, wenn in Betracht kommt, dass das beanstandete Verhalten durch vertragliche Regelungen gedeckt ist, der Kläger aber geltend macht, dass diese Regelungen auf der missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung des Beklagten beruhen 1279
- Bundesgerichtshof 29.1.2019 KZR 12/15 Zur Aussetzung eines Rechtsstreits über einen Anspruch eines Eisenbahnverkehrsunternehmens auf Rückzahlung überhöhter Stationspreise, um der nach einer Richtlinie der Europäischen Union vorgesehenen Regulierungsstelle (in Deutschland der Bundesnetzagentur) Gelegenheit zu geben, das Entgelt am Maßstab der in der Richtlinie vorgesehenen Entgeltgrundsätze zu überprüfen (im Anschluss an BGH WM 2016, 2047) 1281



12. Corporate Banking Tag der Börsen-Zeitung

WM Seminare

Corporate Banking von morgen: Ideen | Strategien | Meinungen

26.9.2019 Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 554 oder E-Mail: c.wolff@wmseminare.de



Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und Internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 96,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,33) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2019 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 273 – 312
Online | Mobile | Social Media

08 | 2019

Kurz informiert

Keine Verlustabzugsbeschränkung im Rahmen einer endgültigen Abwicklungsbesteuerung
Ansatz der Entfernungspauschale bei Auswärtstätigkeiten.....

Umwandlungen

Vorsicht geboten: Beim Rechtsformwechsel geht schnell ein Gewerbeverluster verloren

Dienstwagen/Geschäftswagen

Dauerstreitpunkt: Wann ist ein elektronisches Fahrtenbuch ordnungsgemäß? .. 277

Gesetzgebung

Mietwohnungsneubau: Steuerliche Förderung in „trockenen Tüchern“ 280

Formwechsel

Es droht keine Versteuerung des KSt-Guthabens! 287

Der praktische Fall

Die erweiterte gewerbesteuerliche Kürzung nach § 9 Nr. 1 S. 2 GewStG – ein Pulverfass!..... 289

Vermögensverwaltende Personengesellschaft

Gewerblicher Grundstückshandel durch Veräußerung eines Gesellschaftsanteils?296

Kapitaleinkünfte

Verluste aus wertlosen Aktien und Optionsscheinen steuerlich nicht verschenken.....301

Gesellschaftsrecht

Der geschäftstüchtige minderjährige Kommanditist 304

Investitionen in Betriebsgebäuden

Zur Abgrenzung von Gebäudeherstellungskosten, Betriebsvorrichtungen und Erhaltungsaufwand..... 308



Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Die Außenreinigung von Fensterfronten im Mietverhältnis	481
Nutzbarkeit von Gewerberäumen und Freizeichnung des Vermieters (OLG Brandenburg)	482
Verwalters Haftung auf Verfahrenskosten: Verbandsmacht (BGH)	482
Klage gegen untergegangene Wohnungseigentümergeinschaft (LG Duisburg)	483
Staatshaftung nach Straßensanierung: Wenn das Wasser kommt (BGH)	483

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Kinderzuschlag als bedarfsdeckendes Einkommen des Kindes (OLG Hamm)	484
Beteiligung an Mehrkosten durch Internatsunterbringung (OLG Karlsruhe)	484
Umfang der geschuldeten Vermögensauskunft im Zugewinn (OLG Brandenburg)	485
Zeit- und Kostenaufwand wegen erheblicher räumlicher Distanz (OLG Saarbrücken)	486
Zuweisung eines Hundes nach der Scheidung (OLG Stuttgart)	486

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth/T. Maulbetsch</i> , Praxisfragen zur Verjährung bei Vermächtnissen	487
Umfassendes Zugangsrecht der Erben zu Nutzerkonto des Erblassers (LG Münster)	488
Keine Beitreibung von Sterbegeld durch Nachlasspfleger (VG Magdeburg)	488

Verkehrsrecht

Von Dirk Figgener und Friederike Quaisser

Haftung bei fehlerhafter Befestigung eines Verkehrsschildes (BGH)	489
Heranziehung von Tabellenwerken zur Schadensschätzung (OLG Celle)	490
Haftungsabwägung bei Unfall mit Gegenverkehr in enger Straße (LG Potsdam)	491

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>S. Weise</i> , Wann verjährt der Herstellungsanspruch?	492
„Nicht prüfbar“ heißt nicht „nicht richtig“ (OLG Düsseldorf)	493
Die unverhältnismäßige Mängelbeseitigung (KG)	494
Resthonorar bei einvernehmlicher Vertragsaufhebung (KG)	494

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

Verspätete Erhebung einer aktienrechtlichen Unterlassungsklage (BGH)	495
Keine Treuepflicht des Geschäftsführers gegenüber GmbH-Gläubigern (BGH)	496
Klage auf Korrektur der Gesellschafterliste (KG)	496
Keine „demnächst“ erfolgte Zustellung einer Anfechtungsklage (OLG Hamm)	497

Arbeitsrecht

Von Daniel Benkert und Robert von Steinau-Steinrück

R. von Steinau-Steinrück/M. Bertz, Arbeitsrechtliche Auswirkungen des GeschGehG 498
 Diskriminierung befristet beschäftigter Angestellter gegenüber Beamten (EuGH) 499
 Mitwirkungsobliegenheit des Arbeitgebers bei Urlaubsbeantragung (BAG) 500
 Feste Altersgrenzen für Versorgungsordnung – Spätehenklausel (BAG) 500

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Abtretungsermächtigung für Vergütungsforderung eines Kassenarztes (BGH) 501
 Schenkungsanfechtung von Drittzahlungen im Konzernverbund (OLG Brandenburg) 501
 Anforderungen an den darstellenden Teil eines Insolvenzplans (AG Köln) 502
 Auskunftsanspruch gegenüber Finanzbehörden (OVG Lüneburg) 503

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

S. Beukelmann, Vermögensabschöpfung im Jugendstrafrecht 504
 Feindselige Willensrichtung bei heimtückischer Tötung (BGH) 505
 Vortäuschen einer Straftat (OLG Hamm) 505
 Kontrollmaßnahmen im Grenzgebiet (AG Kehl) 505
 Europäischer Haftbefehl – Kein Erlass durch den Ermittlungsrichter (AG Dortmund) 506
 Interpol und Unionsrecht (VG Wiesbaden) 506

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Sofortiges Anerkenntnis im schriftlichen Vorverfahren (BGH) 507
 Unwirksame Klauseln in einer Vergütungsvereinbarung (OLG München) 507
 Berücksichtigung der Umsatzsteuer im Kostenfestsetzungsverfahren (OLG Brandenburg) ... 508
 Kein Mehrwert bei Mitvergleichen anderweitig anhängiger Gegenstände (LG Freiburg) 509

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

C. Dahns, Möglichkeiten der Beschränkung von Haftungsansprüchen 510
 Ausschluss aus der Anwaltschaft wegen wiederholter Untreue (AnwGH NRW) 511

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:

Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M., Postanschrift: Postfach 110241, 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (069) 75 60 91-0, Telefax: (069) 75 60 91-49, E-Mail: njw@beck-frankfurt.de, Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin *Nathalie Demier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechtsanwältin *Anje Glinksi* (Anwalt und

Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Nancke-Lönker* (Erbrecht sowie Koordination und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Dr. Susanne Reinemann* (Verfahrens- und Kostenrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom

Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81

89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBKDE333XXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:

Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2019:

Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Windfeld 15, 83714 Miesbach.

NJW

Neue Juristische Wochenschrift

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z171

In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

- P. Meier/L. E. Schmitz*
Verbraucher und Unternehmer – ein Dualismus? 2345
- S. Lunk*
Grundlagen betrieblichen Eingliederungsmanagements 2349
- C. Kahle/L. Hafner*
Deutsche Pkw-Maut vor dem Aus 2353
- N. Stackmann*
Aktuelle Rechtsprechung zum Bankrecht 2356
- A. Groth*
Aktuelle Entwicklungen im SGB II 2360
- J. Eisele/C. Trentmann*
Die Staatsanwaltschaft – „objektivste Behörde der Welt“? 2365
- BGH
Anwendung der Grundsätze zum Schockschaden auf
fehlerhafte ärztliche Behandlung (Anm. M. Klose) 2387
- BGH
Bedarf und Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten
(Anm. M. Löhnig) 2392
- BGH
Beschränkung der Prozessvollmacht im Laufe des
Parteiprozesses 2397
- BGH
Feindselige Willensrichtung bei heimtückischer Tötung
(Anm. W. Mitsch) 2413

Mit Beilage:
NJW-Spezial Heft 16/2019


C.H. BECK

33/2019

8. August 2019
72. Jahrgang S. 2345–2424
www.njw.de

Aus NJW-aktuell

Interview

Weniger Arbeits-
gerichte?

Standpunkt

Musterfeststellungs-
klage und Missbrauch

Unternehmen

Frühstart bei
Fusionen



0150-201933

INHALT

Aufsätze

Patrick Meier / Leonhard Schmitz

Verbraucher und Unternehmer – ein Dualismus?

2345

Die Begriffe des Verbrauchers und des Unternehmers stehen im Fokus der juristischen Diskussion. Gibt es daneben noch eine weitere Kategorie, die das vermeintlich dualistische System der §§ 13, 14 BGB durchbricht? Dieser Frage geht der Beitrag nach.

Stefan Lunk

Grundlagen des betrieblichen Eingliederungsmanagements

2349

Ist ein Arbeitnehmer im Kalenderjahr länger als sechs Wochen arbeitsunfähig, ist der Arbeitgeber verpflichtet, ihm ein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) anzubieten. Diese Maßnahme hat daher in der arbeitsrechtlichen Praxis eine erhebliche Bedeutung, die der Beitrag kritisch darstellt.

Zur Rechtsprechung

Christian Kahle / Lisa Hafner

Ende einer Dienstfahrt – Deutsche Pkw-Maut vor dem Aus (EuGH, NJW 2019, 2369)

2353

Bericht

Nikolaus Stackmann

Aktuelle Rechtsprechung zum Bankrecht

2356

Andy Groth

Aktuelle Entwicklungen im SGB II

2360

Forum

Jörg Eisele / Christian Trentmann

Die Staatsanwaltschaft – „objektivste Behörde der Welt“?

2365

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	26
Denken notwendig! H. Jochum		Ökonomisierung der Arbeitsgerichtsbarkeit? H. Schliemann		web.report	28
Agenda	6	Standpunkt	15	Stellenmarkt	29
Meldungen / Kolumne	7	Musterfeststellungsklage und Klagemissbrauch A. Gängel		Beck'sche Zeitschriften	42
Gesetzgebung	8	Bericht aus Brüssel	17	Buchhinweise	44
Rechtsprechung in Kürze	8	ua: Stärkung der Rechtsstaatlichkeit H. Lörcher		Veranstaltungshinweise	46
Entscheidung der Woche	9	Recht im Unternehmen	19	Heftvorschau/Impressum	48
		Gefährlicher Frühstart M. Holzhäuser			

INHALT

Rechtsprechung



Europäische Gerichte			
EuGH 18.06.19 - C-591/17			
Unionsrechtswidrigkeit der deutschen Pkw-Maut	2369	BGH 18.04.19 - III ZR 67/18	
		Voraussetzungen eines Schadensersatzanspruchs wegen Abschiebehaft	2400
Verfassungsgerichte		OLG München 01.04.19 - 34 Wx 289/18	
BVerfG 14.03.19 - 1 BvR 169/19		Anordnung der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung	2404
Effektiver Rechtsschutz im sozialgerichtlichen Eilverfahren (Ls.)	2378	OLG Schleswig 07.01.19 - 7 U 103/18	
HessStGH 13.02.19 - P. St. 2693		Gesamtnichtigkeit des Werkvertrags nach Vorschuss in bar ohne Umsatzsteuer	2411
Rechtswegerschöpfung vor Grundrechtsklage bei zweifelhafter Zulässigkeit des Rechtsmittels	2378	KG 29.01.19 - 21 U 122/18	
		Grundsätze zu Ansprüchen des Auftragnehmers aus Bauverzögerungen (Ls.)	2413
Zivilgerichte			
BGH 25.01.19 - V ZR 38/18		Strafgerichte	
Haftung des Verkäufers und des Maklers für öffentliche Äußerungen zur Kaufsache	2380	BGH 19.06.19 - 5 StR 128/19	
BGH 14.03.19 - V ZR 186/18		Feindselige Willensrichtung bei heimtückischer Tötung (Anm. W. Mitsch)	2413
Übergehen der Behauptung zur Eignung einer Wohnung zu Wohnzwecken - Gehörsverletzung	2383		
BGH 13.03.19 - IV ZR 124/18		Verwaltungsgerichte	
Späterer Wegfall einer zunächst eingetretenen Berufsunfähigkeit	2385	OVG Magdeburg 29.03.19 - 3 M 47/19	
BGH 21.05.19 - VI ZR 299/17		Leinen- und Maulkorbzwang im Ausland - Unzuverlässigkeit des Hundehalters	2417
Anwendung der Grundsätze zum Schockschaden auf fehlerhafte ärztliche Behandlung (Anm. M. Klose)	2387	VGH München 29.04.19 - 11 B 18.2482	
BGH 06.06.19 - IX ZR 104/18		Fahreignung bei ärztlicher Verordnung von medizinischem Cannabis (Ls.)	2419
Zurechnungszusammenhang zwischen anwaltlicher Pflichtverletzung und Schaden	2390		
BGH 15.05.19 - XII ZB 357/18		Arbeitsgerichte	
Bedarf und Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten (Anm. M. Löhnig)	2392	BAG 27.03.19 - 5 AZR 591/17	
BGH 12.03.19 - VI ZR 277/18		Verzugspauschale und Wert des Beschwerdegegenstands	2420
Beschränkung der Prozessvollmacht im Laufe des Parteiprozesses	2397		
BGH 12.03.19 - VI ZR 278/18		Finanzgerichte	
Urkundenbeweis bei Gutachten einer medizinischen Schlichtungsstelle	2399	BFH 20.02.19 - III R 42/18	
		Kindergeld für Ausbildung zur Verwaltungsfachwirtin als Zweitausbildung	2422
		BFH 12.03.19 - IX R 34/17	
		Hinzurechnung eines Kirchensteuer-Erstattungsüberhangs (Ls.)	2424

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 16/2019

Miet- und Immobilienrecht
Außenreinigung von Fensterfronten

Familienrecht
Kinderzuschlag als Einkommen des Kindes

Erbrecht
Verjährung bei Vermächtnissen

Verkehrsrecht
Fehlerhafte Befestigung eines Verkehrsschildes

Baurecht
Wann verjährt der Herstellungsanspruch?

Arbeitsrecht
Auswirkungen des Geschäftsgeheimnisgesetzes

Strafrecht
Vermögensabschöpfung im Jugendstrafrecht

Verfahrens- und Kostenrecht
Sofortiges Anerkenntnis im schriftlichen Vorverfahren

Anwalt und Kanzlei
Beschränkung von Haftungsansprüchen

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

Journal of Business Law

Issue 6 2019

Table of Contents

Articles

- 
- | | |
|--|-----|
| Consumer Credit Default Notices, Limitation and Procedural Requirements
<i>David Bowden</i> | 407 |
| Suing Persons Unknown: The EC Motor Insurance Directive and <i>Cameron v Liverpool Victoria</i>
<i>Steven Gee QC</i> | 416 |
| Some Peculiarities of Litigating Competition Law in Ireland
<i>Mary Catherine Lucey</i> | 427 |
| A Pioneering Study of Third-Party Liability Insurance for Unmanned/Autonomous Commercial Ships
<i>Ling Zhu and Richard W. W. Xing</i> | 442 |
| Source-Based Taxation of E-Commerce Income: A Study of the Unresolved Issues
<i>Dennis Ndonga and Anahita M. Riegler</i> | 459 |

Jurist. Blätter

D3-Z62

Mit Beilage
wirtschaftsrechtliche
blätter:wbl

Heft 8 August 2019
141. Jahrgang



Aufsätze

RA Dr. *Helmut Hegen*, M.B.L.:
**Bankgeheimnis, Datenschutz und Zession – eine
spannungsvolle Dreiecksbeziehung?**
(1. Teil) 473

Jennifer Capelare / Mag. Günther Schaunig, BA:
**Strafbarkeit des tätlichen Angriffs auf Verkehrs-
bedienstete – Ende von In-dubio-pro-libertate?** 488

Aus den Vereinen / Ankündigungen

24. Österreichische Umweltrechtstage 2019 –
Ankündigung 501

Rechtsprechung

Verfassungsgerichtshof
§ 6 Abs 2 IslamG 2015 nicht verfassungswidrig
(VfGH 13.03.2019, E 3830/2018 ua) 501

Ordentliche Gerichte – Zivilsachen

Nennung des vollständigen Namens der Parteien
bei Veröffentlichung von Entscheidungen aus
Provisorialverfahren 509
(OGH 27.02.2019, 6 Ob 181/18p)

Tatsächliche (nicht vereinbarte) Betreuung für
„betreuungsrechtliches Unterhaltsmodell“
maßgeblich 512
(OGH 03.04.2019, 1 Ob 13/19x)

Unzulässige Dereliktion von (bloßen) Miteigentums-
anteilen nicht verbücherungsfähig 515
(OGH 20.03.2019, 5 Ob 204/18p)

Schenkungsanrechnung und Ausmessung
der Pflichtteile bei einem Erb- und
Pflichtteilsverzicht 516
(OGH 17.12.2018, 2 Ob 176/18y –
Ass.-Prof. Dr. *Gabriel Kogler*)

Rückgriff gegen den Vormann nach
§ 933b ABGB: kein umfassender Regressanspruch
(OGH 20.03.2019, 3 Ob 243/18h –
Univ.-Prof. Dr. *Andreas Geroldinger*) 521

Geschäftsführung ohne Auftrag bei Verwaltung
von in Miteigentum stehenden Mietwohnungen
(OGH 28.03.2019, 2 Ob 175/18a) 525

Internationale Zuständigkeit für Unterlassungs-
klagen wegen Ehrverletzung per Kurznachrichten
und E-Mails (auch) an Dritte 527
(OGH 07.05.2019, 6 Ob 218/18d)

Aufhebung einer Kontensperre durch
Einantwortung 529
(OGH 29.01.2019, 2 Ob 7/19x)

Arbeits- und Sozialgerichtssachen

Vertretungsbefugnis der Vorstandsvorsitzenden
ausgliederter Unternehmen für den Bund
auch in Gerichtsverfahren? 531
(OGH 27.02.2019, 9 ObA 124/18b)

Strafsachen

Konkurrenz zwischen (unqualifizierter)
Brandstiftung und schwerer Körperverletzung
(OGH 21.11.2018, 13 Os 85/18a –
assoz. Prof. Dr. *Heidelinde Luef-Kölbl*) 534

Ersatzfähigkeit von Vertretungskosten
(OGH 24.01.2019, 12 Os 152/18x) 538

Literatur 538

Impressum 540

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

ZIR – Zeitschrift Interne Revision
Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis,
Organ des DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Frankfurt am Main

Jahrgang: 54 (2019)

Erscheinungsweise: Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich

www.ZIRdigital.de

Herausgeber:

DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Diplom-Kaufmann Bernd Schartmann, Köln

Schriftleitung:

Diplom-Wirtschaftsmathematiker Michael Bünis
DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 71 37 69-0, Telefax (0 69) 71 37 69-69
E-Mail: info@diir.de, Internet: www.diir.de

Verlag:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-0, Telefax (0 30) 25 00 85-305
E-Mail: ESV@ESVmedien.de, Internet: www.ESV.info

Vertrieb:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Postfach 30 42 40, 10724 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-228, Telefax (0 30) 25 00 85-275
E-Mail: Abo-Vertrieb@ESVmedien.de

Konto:

Deutsche Bank AG,
IBAN: DE31 1007 0848 0512 2031 01, BIC(SWIFT): DEUTDE33

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement Print: € (D) 78,-

Kombi-Jahresabonnement Print und eJournal: € (D) 93,72

Jahresabonnement Journal: € (D) 78,60

Sonderpreise für Mitglieder des DIIR und ISACA Germany Chapter:

Jahresabonnement Print: € (D) 52,20

Kombi-Jahresabonnement Print und eJournal: € (D) 62,88

Jahresabonnement eJournal: € (D) 52,80

Weitere Angaben und Preise unter ESV.info/ZIR-Preise

Alle Preise jeweils einschließlich Umsatzsteuer (Print 7%, eJournal 19%)

Printausgabe zzgl. Versandkosten.

Die Bezugsgebühr wird jährlich im Voraus erhoben. Abbestellungen sind mit einer

Frist von 2 Monaten zum 1.1. eines jeden Jahres möglich.

Anzeigen:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-626, Fax (0 30) 25 00 85-630
E-Mail: Anzeigen@ESVmedien.de

Anzeigenleitung: Farsad Chireugin

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019, die unter
<http://mediadaten.ZIRdigital.de> bereitsteht oder auf Wunsch zugesandt wird.

Manuskripte:

Hinweise für die Abfassung von Beiträgen stehen Ihnen auch als PDF zur Verfügung unter: www.ESV.info/zeitschriften.html. Das Manuskript erbitten wir per E-Mail bevorzugt in Word, sonst zusätzlich im RTF-Format. Zur Veröffentlichung angebotene Beiträge müssen frei sein von Rechten Dritter. Sollten sie auch an anderer Stelle zur Veröffentlichung oder gewerblichen Nutzung angeboten worden sein, muss dies angegeben werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht und das Recht zur Herstellung von Sonderdrucken für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Verlagsrecht umfasst auch die Rechte, den Beitrag in fremde Sprachen zu übersetzen, Übersetzungen zu vervielfältigen und zu verbreiten sowie die Befugnis, den Beitrag bzw. Übersetzungen davon in Datenbanken einzuspeichern und auf elektronischem Wege zu verbreiten (online und/oder offline), das Recht zur weiteren Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines fotomechanischen oder eines anderen Verfahrens sowie das Recht zur Lizenzvergabe. Dem Autor verbleibt das Recht, nach Ablauf eines Jahres eine einfache Abdruckgenehmigung zu erteilen; sich ggf. hieraus ergebende Honorare stehen dem Autor zu. Bei Leserbriefen sowie bei angeforderten oder auch bei unaufgefordert eingereichten Manuskripten behält sich die Redaktion das Recht der Kürzung und Modifikation der Manuskripte ohne Rücksprache mit dem Autor vor.

Rechtliche Hinweise:

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. – Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift geben ausschließlich die Meinung der Verfasser, Referenten, Rezensenten usw. wieder. – Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Markenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Bildnachweise Inhaltsverzeichnis:

links: FotolEdhar/stock.adobe.com; Mitte: DIIR; rechts: DIIR

Nutzung von Rezensionstexten:

Es gelten die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen. <http://agb.ESV.info/>

Zitierweise: ZIR, Jahrgang, Heft, Seite

ISSN: 0044-3816

Satz: tinahoffmann.eu, Berlin

Druck: H. HEENEMANN, Berlin



Standards · Regeln · Berufsstand

Prüfung des Risikomanagements und
der neue DIIR Revisionsstandard Nr. 2 148

Prof. Dr. Werner Gleißner · Ralf Kimpel

Management · Best Practice · Arbeitshilfen

Agile Auditing: Die Lösung der Revision
für steigende Anforderungen 160

Dr. Achim Botzenhardt · Thilo Schommer

Prüfungsansätze in der Transfusionsmedizin 171

*Arbeitsgruppe „Transfusionsmedizin“
im DIIR-Arbeitskreis „Interne Revision
im Krankenhaus“*

Inhalt

04.19



Wissenschaft · Forschung

Interne Kontroll- und Revisionssysteme
im öffentlichen Sektor 180

Prof. Dr. Niels Olaf Angermüller

DIIRintern

Aus der Arbeit des DIIR 185

- + DIIR Digitale Tage
- + CIA-Tagung
- + DIIR-Kongress
- + AMIR
- + Jahresbericht 2018
- + Informationen zum Examen Interner Revisor^{DIIR}
- + Informationen zu den IIA-Zertifizierungen

Literatur

Buchbesprechungen 187

Michael Bünis · Axel Becker

Literatur zur Internen Revision 189

*Zusammengestellt von Prof. Dr. Marc Eulerich
und Benjamin Fligge*

DIIR – Seminare und Veranstaltungen

DIIR – Seminare und Veranstaltungen
vom 1.8.2019 bis 31.12.2019 192

Zusammengestellt von der ZIR-Redaktion



Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR

Herausgegeben von Joachim Bornkamm und
Ansgar Ohly
in Gemeinschaft mit Joseph Drexl und Reto Hilty

8/2019

Seiten 769–872
121. Jahrgang – August 2019



INHALT

- GRUSSWORT 769** MICHAEL LOSCHELDER/GERT WÜRTEMBERGER/STEPHAN FREISCHEM
Dr. Hans Peter Kunz-Hallstein zum 80. Geburtstag
- AUFSÄTZE 771** THOMAS DREIER
Die Schlacht ist geschlagen – ein Überblick. Zum Ergebnis des Copyright
Package der EU-Kommission
- 779** GERNOT SCHULZE
Fotos von gemeinfreien Werken der bildenden Kunst. Umsetzungsbedarf
bei Art. 14 der Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt
- 783** TIMM PRAVEMANN
Art. 17 der Richtlinie zum Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt. Eine
Analyse der neuen europäischen Haftungsregelung für Diensteanbieter
für das Teilen von Online-Inhalten
- 788** CHRISTOPH BUSCH
Mehr Fairness und Transparenz in der Plattformökonomie? Die neue
P2B-Verordnung im Überblick
- 797** JONAS BLOCK/BENJAMIN RÄTZ
Das FRAND-Angebot – Versuch einer internationalen Definition
- REPORT 802** HENRIKE WEIDEN
Aktuelle Berichte – August 2019
- MITTEILUNGEN 803** Minutes of the meeting of the GRUR expert committee for the protection
of plants on 26 October 2018 (*Würtenberger/Kunze*)
- BUCHBESPRECHUNGEN 805** WOLFGANG BÜSCHER (Hrsg.): Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb:
UWG (*Loschelder*)
- RECHTSPRECHUNG**
- PATENTRECHT 806** BPatG 18.12.18 – 14 W (pat) 1/18
Keine analoge Anwendung der Futtermittelzusatzstoff-VO auf Futtermittel-
präparate – **Futtermitteladditiv**
- 807** BPatG 11.3.19 – 4 Ni 17/17 (EP)
Folge eines weit gefassten Patentanspruchs für den Schutzbereich – **Polymer-
schaum III (Ls.)**
- GEBRAUCHSMUSTERRECHT 808** BPatG 6.11.18 – 35 W (pat) 412/16
Voraussetzungen des Ausschlusses von Verfahren vom Gebrauchsmuster-
schutz – **Lithiumsilikat-Glaskeramik**
- URHEBERRECHT 813** BGH 10.1.19 – I ZR 267/15
„Öffentliche Wiedergabe“ durch separates Hochladen einer Fotografie in
Referat auf Website einer Schule – **Cordoba II**

- 825** BFH 13.2.19 – XI R 1/17
Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Abmahnungen bei Urheberrechtsverletzungen – **Tonaufnahmen im Internet**
- 828** OLG München 11.4.19 – 29 U 3773/17
Berechnung des lizenzanalogen Schadensersatzes bei Urheberrechtsverletzung – **Lizenzanalogie bei Stadtplänen**
- DESIGNRECHT **832** BGH 20.12.18 – I ZB 25/18
Kein einheitlicher Schutzgegenstand auf Grundlage der „Schnittmenge“ gemeinsamer Darstellungsmerkmale – **Sportheim**
- 835** BGH 20.12.18 – I ZB 26/18
Kein einheitlicher Schutzgegenstand des Designs ohne Festlegung auf konkrete Farbtöne – **Sportbrille**
- MARKENRECHT **838** BPatG 13.12.18 – 25 W (pat) 78/14
Bestimmung des Streitgegenstands im Lösungsverfahren – **Quadratische Schokoladentafelverpackung**
- WETTBEWERBSRECHT **846** EuGH 4.7.19 – C-393/17
Keine Geschäftspraktik bei Verstoß gegen strafrechtliche Sanktion zur Verleihung von „Master“-Grad ohne Berechtigung – **Kirschstein**
- 850** BGH 9.5.19 – I ZR 205/17
Unzulässige durch Prozessfinanzierer finanzierte Gewinnabschöpfungsklage eines Verbraucherschutzverbands – **Prozessfinanzierer II**
- 854** BGH 25.4.19 – AnwZ (Brfg) 57/18
Anzeige eines Rechtsanwalts in Branchenverzeichnis mit falscher Berufsbezeichnung – **Patentanwälte in O.**
- 856** OLG Köln 26.4.19 – 6 U 164/18
Nachahmung eines Rasierapparats – **Rotationsrasierer**
- PERSÖNLICHKEITS- UND MEDIENRECHT **862** BGH 9.4.19 – VI ZR 89/18
Inanspruchnahme des Erstverbreiters rechtswidriger Filmberichterstattung für Rechtsverfolgungskosten gegenüber Uploadern – **Filmberichterstattung**
- 866** BGH 9.4.19 – VI ZR 533/16
Zulässige Bildberichterstattung über frühere Vormundschaft eines Kindes verstorbener prominenter Eltern – **Eine Mutter für das Waisenkind**
- VERFAHRENSRECHT **870** BPatG 2.1.19 – 20 W (pat) 1/17
Voraussetzungen für Widerruf der Beschwerderücknahme – **Widerruf der Beschwerderücknahme**
- KOSTENRECHT **870** BGH 29.4.19 – X ZB 4/17
Kostenerstattung für zweitinstanzlichen Rechtsanwalt und Patentanwalt aufseiten des Streithelfers – **Kommunikationssystem**

- V** Aus dem Inhalt der GRUR-Familie 8/2019
- VI** GRUR-Aktuell
- XIII** Leitsatzübersicht
- XVI** Impressum

HINWEIS

Liebe Leserinnen und Leser,

einen kurzen Überblick über die in diesem Heft abgedruckten Beiträge und Hinweise zum Rechtsprechungsteil finden Sie unter <https://ch.beck.de/grur-vorschau> oder <http://www.grur.org/de/vorschau>.

Ihre GRUR-Redaktion

8-9/2019

Seiten 737–884

68. Jahrgang – Aug./Sept. 2019

Herausgegeben von Josef Drexl und Reto Hilty
in Gemeinschaft mit Joachim Bornkamm und Ansgar Ohly



INHALT

AUFSÄTZE

- 737** THOMAS SCHMIDT/ANDREAS OSER
New medical uses of known medical devices – A new perspective on purpose-limited product protection for medical devices in Europe
- 746** ANDREAS WIEBE/NICO SCHUR
Protection of Trade Secrets in a Data-driven, Networked Environment – Is the update already out-dated?
- 752** FELIPE DANNEMANN LUNDGREN
New Brazilian Data Protection Law
- 756** BENEDIKT LÜTHGE/NILS PETERS
Der Status Quo der „öffentlichen Wiedergabe“ nach dem *Córdoba*-Urteil des EuGH (Rs. C-161/17)
- 765** FRANCISCO J. OCHOA MENDOZA/JAVIER CORONADO SALEH
Controlling Regulation and Red Tape: The Peruvian Experience on the Elimination of Bureaucratic Barriers (Legislation and Enforcement)
- 776** SUSANNE ENGELSING
Das Wagnis-Projekt der Massai, ihre Kultur global zu kommodifizieren
- 781** AKRAM MIRZA
28 U.S. Code § 1782 – Overview and latest Developments

BERICHTE

- 784** J. MANUEL MAGAÑA
Amendments to the Mexican Law Regarding Geographical Indications
- 794** JURE GLOBOCNIK/LUC DESAUNETTES/HEIKO RICHTER
“Artificial Intelligence, Innovation and Competition: New Tools, New Rules?” – Report on the Conference of the Max Planck Institute for Innovation and Competition in collaboration with the MPI Alumni Association in Munich, 5 July 2019

RECHTSPRECHUNG

- PATENTRECHT**
- Deutschland 799** BGH 26.3.2019 – X ZR 109/16
Herausgabe des Patentverletzergewinns auch nach Verjährung – **Spannungsversorgungsvorrichtung**

- Finnland 802** Oberster Gerichtshof (Korkein oikeus) 6.2.2019 – KKO 2019:10
Akteneinsicht im Patentverletzungsverfahren – **Happo78^{plus}**
- Schweiz 806** BGer 7.12.2018 – 4A_415/2018
Keine Nichtigkeit eines ergänzenden Schutzzertifikats wegen Nichteinhaltung der
Gesuchsfrist – **Sevelamer II**
- USA 810** U.S. Supreme Court 22.1.2019
„Secret sale“ einer Erfindung ist neuheitsschädlicher Verkauf nach AIA – **Helsinn v. Teva**
- MARKENRECHT**
- EU 812** EuGH 13.9.2018 – C-26/17 P
Zeichen, die mit dem Erscheinungsbild der Waren verschmelzen – **Birkenstock**
- EU 818** EuGH 27.3.2019 – C-578/17
Qualifikation eines Zeichens als Bild- oder Farbmarke im Rahmen der Marken-
anmeldung – **Oy Hartwall**
- Frankreich 821** Cour de cassation 12.12.2018
Nichtigkeit einer Marke aufgrund einer betrügerischen Anmeldung – **Scotlib**
- Indien 822** High Court of Delhi 31.7.2018 – CS(COMM) 503/2016, IA No.5766/2016
Beweislast bei Markenverletzungen – **Christian Louboutin v. Ashish Bansal**
- Schweiz 824** BGer 1.10.2018 – 4A_83/2018
Keine Verwechslungsgefahr zwischen den Firmenbezeichnungen Pachmann Rechts-
anwälte AG und Bachmann Rechtsanwälte AG – **Pachmann v. Bachmann**
- USA 831** U.S. Supreme Court 20.5.2019
Fortbestehen der Markennutzungsrechte nach Ablehnung der Erfüllung eines Lizenz-
vertrags durch insolventen Lizenzgeber – **Mission Product v. Tempnology**
- GEOGRAFISCHE HERKUNFTSANGABEN**
- EU 835** EuGH 2.5.2019 – C-614/17
Anspielung auf geschützte Ursprungsbezeichnung auch durch Bildzeichen – **Queso Manchego**
- WETTBEWERBSRECHT**
- EU 839** EuGH 5.6.2019 – C-142/18
Bereitstellung einer Software mit einer „Voice over Internet Protocol“-Funktion als
elektronischer Kommunikationsdienst – **Skype v. IBPT**
- Indien 843** Supreme Court of India 7.5.2018 – C.A. No. 6691/2014
Kein Erfordernis einer Marktdefinition bei kartellrechtlichen *per se*-Verstößen
– **Competition Commission of India v. Co-Ordination Committee of Artists**
- URHEBERRECHT**
- Indien 843** High Court of Delhi 28.5.2019 – CS (COMM) 3/2018
Urheberpersönlichkeitsrechte bei Zerstörung eines künstlerischen Werkes
– **Raj Rewal v. Union of India & Ors**
- DESIGNRECHT**
- Frankreich 850** Cour de cassation 13.3.2019
Änderung des Begriffs des „informierten Benutzers“ durch das Berufungsgericht
– **Einstein Shoes**
- Österreich 851** OGH 29.1.2019 – 4 Ob 213/18d
Umfang des Verletzergewinns bei Verletzung eines Designs – **LED LENSER**
- VERFAHRENSRECHT**
- Polen 854** Verfassungsgericht 6.12.2018 – SK 19/16 (74/A/2018)
Verfassungsmäßigkeit des Rechts, Informationen von Dritten zu verlangen, die keine
Schutzrechte verletzen – **Grupa Allegro (m. Anm. Buchalska)**

Inhaltsverzeichnis

1 // AUFSÄTZE

- » **eSport in Österreich: eine rechtliche Navigationshilfe** 63
Christian M. Piska / Patrick Petschinka
- » **Lootboxen: Werden Videospiele Glücksspielen gefährlich ähnlich** 70
Urim Bajrami / Lukas Pachschwöll
- » **Charakterisierung der Energy Governance Verordnung der EU – VO 2018/1999/EU** 77
Markus Steinhäusler

2 // RECHTSVORSCHRIFTEN UND NORMEN

- » **Energierrecht** 81
- » **Technikrecht** 83
- » **Normen** 88

3 // RECHTSPRECHUNG

- » **Rechtsprechung Energierecht** 91
- » **Rechtsprechung Öffentliches Technikrecht** 96
- » **Rechtsprechung Privates Technikrecht** 99
- » **Gemeinschaftsgeschmacksmuster; Umfang des Verletzergewinns; Bereicherungsrecht** 99
OGH 29.01.2019, 4 Ob 213/18d

Wissenschaftlicher Beirat der Zeitschrift für Energie- und Technikrecht

Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz
Univ.-Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Hon.-Prof. Dr. Helmut Hörtenhuber
Univ.-Prof. Dr. Erich Peter Klement

Univ.-Prof. Dr. Barbara Leitl-Staudinger
Em.o.Univ.-Prof. Dr. Jörg Mühlbacher
Em.o.Univ.-Prof. Dr. Peter Oberndorfer
Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel

Univ.-Prof. Dr. Martin Schulte
Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Sonntag

ZHR

Zeitschrift
Handelsrecht und

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DS-Z 193



4

Wolfgang Schön

Editorial: Selektivität schlägt Souveränität (393)

Alexander Hellgardt und Sebastian Unger

Aufsichtsrat und Anteilseigentum (406)

Frank Schäfer und Susanne Zwirlein

Gefahrtragung bei börsenmäßigen
Wertpapiergeschäften (454)

Jonathan Bauerschmidt

Finanzstabilität als Ziel der Bankenunion (476)

Literatur (503)

Inhalt

Editorial

<i>Wolfgang Schön</i> , Selektivität schlägt Souveränität	393
---	-----

Abhandlungen

<i>Alexander Hellgardt und Sebastian Unger</i> , Aufsichtsrat und Anteilseigentum	406
<i>Frank Schäfer und Susanne Zwirlein</i> , Gefahrtragung bei börsenmäßigen Wertpapiergeschäften	454
<i>Jonathan Bauerschmidt</i> , Finanzstabilität als Ziel der Bankenunion	476

Literatur

<i>Heinz-Dieter Assmann, Uwe H. Schneider und Peter O. Mülbert</i> , Wertpapierhandelsrecht, Kommentar (Rezensentin: Prof. Dr. Katja Langenbacher)	503
---	-----



Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

Begründet 1858 von L. Goldschmidt

Herausgegeben von

Professor Dr. *Mathias Habersack*, Ludwig-Maximilians-Universität München
Professor Dr. Dr. h. c. mult. *Karsten Schmidt*, Bucerius Law School, Hamburg
Professor Dr. Dr. h. c. *Wolfgang Schön*, Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, München
gemeinsam mit

Professor Dr. *Gregor Bachmann*
Humboldt-Universität zu Berlin
Professor Dr. Dres. h. c. *Theodor Baums*
Universität Frankfurt/Main
Professor Dr. *Martin Burgi*
Ludwig-Maximilians-Universität München
Professor Dr. *Florian Drinhausen*
Rechtsanwalt, Frankfurt/Main
Dr. *Christian Grüneberg*
Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Dr. *Peter Hemeling*
Rechtsanwalt, München

Dr. *Rainer Krause*
Rechtsanwalt, Düsseldorf
Professor Dr. *Thomas Mayen*,
Rechtsanwalt, Bonn
Professor Dr. *Peter O. Mülbert*
Universität Mainz
Professor Dr. Dr. h. c. mult. *Peter-Christian
Müller-Graff*
Universität Heidelberg
Professor Dr. *Lutz Strohn*
Richter am Bundesgerichtshof a. D., Karlsruhe
Dr. *Kathrin Westermann*
Rechtsanwältin, Berlin

wirtschaftsrec blätter:wbl

D3-762/Bel.

wirtschaftsrechtliche blätter:wbl

Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht

August 2019 (33. Jahrgang)

Assoz. Prof. Dr. Susanne Auer-Mayer:

Datenschutzrecht als Ende der notwendigen Mitbestimmung durch Betriebsvereinbarung?

425

Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs /
Univ.-Ass. Sebastian Graf, LL.M.:

Zur Neuregelung von Antennentragemasten im TKG

432

DDr. Franz W. Urlesberger:

Europarecht: Das Neueste auf einen Blick

437

Rechtsprechung

Nr. 137–152

• Europarecht

137. Warenverkehrsfreiheit: Zum Parallelimport von Arzneimitteln (EuGH 3. 7. 2019, Rs C-387/18) 444

138. Verbraucherschutz: Zum Begriff der „aggressiven Geschäftspraxis“ iS der RL über unlautere Geschäftspraktiken (EuGH 12. 6. 2019, Rs C-628/17) 447

139. Verbraucherschutz: Zur Auslegung der RL über unlautere Geschäftspraktiken – Begriff der „Geschäftspraktik“ (EuGH 4. 7. 2019, Rs C-393/17) 451

140. Arbeitsrecht: Zur Auslegung der RL über die Wahrung von Ansprüchen der AN beim Übergang von Unternehmen I (EuGH 8. 5. 2019, Rs C-194/18) 455

141. Arbeitsrecht: Zur Auslegung der RL über die Wahrung von Ansprüchen der AN beim Übergang von Unternehmen II (EuGH 13. 6. 2019, Rs C-317/18) 458

142. Weiteres Urteil (Kurzinformation) 461

• Arbeitsrecht

143. Nebenbeschäftigung eines Lehrers als (nicht operativ tätiger) Geschäftsführer eines Bordells stellt einen Kündigungs- und keinen Entlassungsgrund dar (OGH 17. 12. 2018, 9 ObA 127/18v) 462

144. Formwidrige Kündigung und Kündigungsentschädigung (OGH 28. 3. 2019, 9 ObA 135/18w) 466

145. Höhe der Lehrlingsentschädigung bei Wiederholung eines Berufsschuljahres (OGH 24. 4. 2019, 9 ObA 19/19p) 467

• Unternehmensrecht

146. Zur (Un-)Zulässigkeit von „Geschlechterklauseln“ in Gesellschaftsverträgen (OGH 24. 1. 2019, 6 Ob 55/18h) 468

147. Zum Begriff der „Streitigkeit“ aus dem Vereinsverhältnis (OGH 20. 12. 2018, 4 Ob 240/18z) 474

• Wettbewerbs- und Immaterialgüterrecht

148. Zur Urteilsveröffentlichung (OGH 28. 5. 2019, 4 Ob 40/19i) 475

149. Werkschutz: Zur Zulässigkeit der Änderung eines Lichtbilds (OGH 25. 4. 2019, 4 Ob 250/18w) 476

150. Vorabentscheidungsersuchen des OGH zur Auslegung der RL 2000/31/EG über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, der RL 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft und der RL 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums (OGH 28. 5. 2019, 4 Ob 74/19i) 479

• Öffentliches Wirtschaftsrecht

151. Eignung zur Besorgung der Aufgaben eines Kammerkommissärs (VwGH 8. 4. 2019, Ra 2018/03/0104) 482

152. Verbot der „reformatio in peius“ (VwGH 1. 4. 2019, Ra 2018/17/0200) 484

Impressum 484

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier – TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ



Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beilage: Insolvenzreport 33/2019

ZInsO-Aufsätze

- Von der Forderungsanmeldung bis zum Feststellungsprozess – Stationen und Stolpersteine bei der insolvenzrechtlichen Anspruchsbetreibung 1633
 von Stadtrechtsdirektor a.D. Markus Geißler, Freiburg im Breisgau
- Zur Insolvenzanfechtung der Besicherung von Gesellschafterdarlehen unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidung des BGH v. 14.2.2019 – IX ZR 149/16, ZInsO 2019, 781 1642
 von Rechtsanwalt Ulrich Lägler und Rechtsanwältin, Fachanwältin für Insolvenzrecht Dr. Jasmin Urlaub, Stuttgart
- Zur Haftung der Kommanditisten gem. § 171 Abs. 2 HGB gegenüber Massegläubigern 1649
 von Rechtsanwalt/Fachanwalt für Insolvenzrecht Dr. Joachim Heitsch, Berlin/Kassel



ZInsO-Dokumentation

- Stellungnahme des Deutschen Instituts für angewandtes Insolvenzrecht e.V. (DIAI) zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde in Zivilsachen, zum Ausbau der Spezialisierung bei den Gerichten und zur Änderung weiterer zivilprozessrechtlicher Vorschriften 1657
 von Professor Dr. Hans Haarmeyer, Bonn

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

- In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts 1660
- Diese Ausgabe enthält eine Rezension zu folgendem Titel:
 Jürgen Markus, Internationaler Forderungseinzug – eine Möglichkeit zur Umsetzung

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

- Vorlage zur Vorabentscheidung; Freizügigkeit der Arbeitnehmer; Beschränkungen; Eröffnung eines Entschuldungsverfahrens; Wohnsitzerfordernis; Zulässigkeit; Art. 45 AEUV; Unmittelbare Wirkung 1662
 EuGH, Urt. v. 11. 7. 2019 – Rs. C-716/17
- Eintragung einer Zweigniederlassung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat; Erforderlichkeit der Eintragung der Höhe des Stammkapitals oder eines vergleichbaren Kapitalwerts in das Handelsregister; Auskunftspflicht des Geschäftsführers der Gesellschaft über ein Bestellungshindernis nach nationalem Recht in Form eines gerichtlichen oder behördlichen Berufs- oder Gewerbeverbots in seiner Person; Vorlagebeschluss an den EuGH zur Frage der Vereinbarkeit mit Art. 30 der RL 2017/1132 1664
 BGH, Beschl. v. 14. 5. 2019 – II ZB 25/17
- Inanspruchnahme des Geschäftsführers einer GmbH auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung gemäß § 826 BGB; Vorliegen eines zur Insolvenz der Gesellschaft führenden „Griffs in die Kasse“ durch den Geschäftsführer 1665
 BGH, Urt. v. 7. 5. 2019 – VI ZR 512/17
- Nachhaftung des Schuldners für vom Insolvenzverwalter nicht erfüllte Masseverbindlichkeiten 1667
 BFH, Urt. v. 2. 4. 2019 – IX R 21/17
- Kraftfahrzeugsteuer als Masseverbindlichkeit in der Insolvenz 1669
 BFH, Urt. v. 21. 3. 2019 – III R 30/18
 m. Anm. de Weerth

Insolvenzverfahren: Erfolgreiche Zulassung der Revision zur Klärung der Behandlung von während der Abwicklung neu entstehenden IHK-Beitragsforderungen als Masseverbindlichkeiten	1670
<i>BVerwG, Beschl. v. 6. 6. 2019 – 10 B 14/18</i>	
(Kein) Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters als „Betroffener“ zum Steuerkonto des (Insolvenz-)Schuldners	1671
<i>OVG Lüneburg, Beschl. v. 26. 6. 2019 – 11 LA 274/18</i>	
(Kein) Zugang des Insolvenzverwalters als „Betroffener“ zu über den Insolvenzschuldner beim Finanzamt gespeicherten Daten	1678
<i>OVG Lüneburg, Urt. v. 20. 6. 2019 – 11 LC 121/17</i>	
(Keine) Erstattung von Umsatzsteuerguthaben/Vorsteuerüberhang aus vorinsolvenzrechtlicher Zeit: (Keine) Wirkung von § 55 Abs. 4 InsO	1679
<i>FG Münster, Urt. v. 12. 6. 2019 – 5 K 166/19 U</i>	
Unzulässiger Druckenantrag eines Zwangsgläubigers; Beantragung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen fälliger Gesamtsozialversicherungsbeiträge	1682
<i>AG Köln, Beschl. v. 30. 1. 2019 – 74 IN 238/18</i>	
Zulässige Internetveröffentlichung der Belehrung über das Widerspruchsrecht bei unbekanntem Aufenthalt	1688
<i>AG Norderstedt, Beschl. v. 29. 4. 2019 – 66 IN 139/13</i>	
• <u>Gesellschaftsinsolvenzrecht</u>	
Haftung des Geschäftsführers für Zahlung nach Insolvenzreife bei (patronatsähnlicher) Kreditzusage einer Schwestergesellschaft	1689
<i>OLG Rostock, Urt. v. 22. 1. 2018 – 6 U 10/14</i>	
• <u>Insolvenzkapitalmarktrecht</u>	
Freistellung des Verkäufers einer Kommanditbeteiligung von der Inanspruchnahme durch den Insolvenzverwalter über das Vermögen der Fondsgesellschaft	1695
<i>OLG München, Endurt. v. 18. 6. 2019 – 18 U 3611/18</i>	

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brinkmann • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Klüpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchhof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Nouthoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH

Carl Heymanns Verlag

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

<http://www.wolterskluwer-online.de/insolvenzrecht>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Janosch Kleibrink

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 19

E-Mail: Janosch.Kleibrink@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte und Urteilsentwürfe erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Kathrin Gehrlein

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Einsendung von Entscheidungen

Eingesandte Entscheidungen werden nur dann zur Veröffentlichung angenommen, wenn sie zuvor anonymisiert worden sind.

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

Jahresabonnement: € 719,00

Preis für das Einzelheft: € 28,00

Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 2568-6380



GASTEDITORIAL

Brigitte Frey

219



NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG

Enforcement der nichtfinanziellen Berichterstattung – ein Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Roman Rohatschek, stv Leiter der Österreichischen Prüfstelle für Rechnungslegung 220

Stéphanie Mittelbach-Hörmanseder/Katrin Hummel: Die Behandlung der Belange in der Nachhaltigkeitsberichterstattung in Österreich 223

Mit der nichtfinanziellen Berichterstattung des Jahres 2018 liegen nun inzwischen die ersten Berichte vor, die unter Anwendung des Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetzes (NaDiVeG) erstellt werden mussten. Die vorliegende Darstellung erster empirischer Analysen dieser Berichte umfasst eine Grundgesamtheit von 76 NaDiVeG-pflichtigen Unternehmen. Neben der Auswertung des gewählten Berichtsformats wurden die Berichte mittels einer automatisierten Textanalyse hinsichtlich der zu adressierenden Belange analysiert.

Emanuel Welten: Nachhaltige Kreditvergabe 226

Nachhaltige Finanzierungen wurden von der Politik als wichtiges Instrument zur Erreichung der Klimaziele und Ökologisierung der Wirtschaft erkannt. Derzeit ist es mangels einheitlicher Auslegungsvorgaben jedoch schwierig, Finanzierungen als „grün“ zu kategorisieren. Dieser Beitrag widmet sich den jüngsten Harmonisierungsvorschlägen seitens der EU-Kommission und Vertretern des Finanzmarktes und beleuchtet dabei erste rechtliche Maßnahmen im Lichte praktischer Ausgestaltungsmöglichkeiten.

Michaela Kegel/Katharina Schönauer/Stefan Merl/Katharina Frewein: Fokus auf das Wesentliche in der nichtfinanziellen Berichterstattung 230

Die nationale Umsetzung der EU-RL im UGB lässt ein hohes Maß an Handlungsflexibilität und damit zwangsläufig Fragen bei der konkreten Ausgestaltung in der Praxis offen. Der Artikel widmet sich dem Thema Wesentlichkeitsanalyse als Grundlage für die Identifizierung und Abgrenzung von erforderlichen Berichtsinhalten. Für die geltenden Rechtsnormen in Österreich (§ 243b bzw. § 267a UGB) ist festzuhalten, dass die Festlegung der wesentlichen Themen, welche konsistent nach den Prinzipien der GRI-Standards durchgeführt wurde, die Voraussetzung zur Umsetzung der gesetzlichen Ansprüche erfüllt.

Tom Whittles: The GRI Standards: helping businesses to report what matters 236

The author shares what GRI is doing to support greater corporate transparency and accountability by businesses around the world.

Kerstin Neumann: Unternehmerische Nachhaltigkeit: Strategische Innovation und Weg zu mehr Resilienz 238

Die Aufgabe des Topmanagements ist es, die langfristige Prosperität und Krisenfestigkeit des Unternehmens mittels einer Strategie sicherzustellen, die erfolversprechende, strategische Innovationen erkennt. Der Artikel erläutert, warum die strategische Ausrichtung auf langfristige Stakeholderinteressen und Nachhaltigkeit eine solche Innovation sein kann.

Birgit Haberl-Arkhurst/Georg Rogl: Risikobetrachtung im Rahmen der Umsetzung der nichtfinanziellen Berichterstattung (Fokus NaDiVeG) 243

Das NaDiVeG verpflichtet Unternehmen bei ihrer Risikoberichterstattung ein breiteres Spektrum von Risiken als bislang offenzulegen. Nun sind auch Risiken, die aus dem Geschäftsmodell entstehen und sich auf die Belange auswirken, zu betrachten. Ein strukturierter, nachvollziehbarer und dokumentierter Prozess hat bei der Umsetzung oberste Priorität.

Brigitte Frey: Die Zukunft der nichtfinanziellen Berichterstattung 249

Zunehmend gewähren nichtfinanzielle Informationen Einblick in die Zustandslage eines Unternehmens, um Rückschlüsse auf die Bestands- und Zukunftsfähigkeit zu geben.

Kevin Wagner: Rahmenwerke der nichtfinanziellen Berichterstattung im Vergleich 255

Der Beitrag enthält eine Darstellung der Charakteristika sowie Vor- und Nachteile der verbreitetsten Rahmenwerke nichtfinanzieller Berichterstattung (GRI, integrierte Berichterstattung und weitere) und stellt den Zusammenhang zu den Anforderungen der EU-Richtlinie über nicht-finanzielle und die Diversität betreffende Informationen her.

RECHNUNGSWESEN

Sandra Hinteregger/Elisabeth Plietzsch: Tagungsbericht zur RECON 2019

264

Der Tagungsbericht zur RECON 2019 zeigt aktuelle Entwicklungen im Rahmen des Finanz-, Rechnungswesens sowie Controlling auf und greift insbesondere die Themen Digitalisierung im Finanzbereich und Rechnungslegung heraus.

Sabine Weintögl: Das Zusammenspiel von Prüfungsausschuss und Prüfungsqualität – Tagungsbericht zur Forschungsinitiative Business Valuation Accounting & Auditing

272

Bei der Veranstaltung der Forschungsinitiative Business Valuation Accounting & Auditing am 26. 3. 2019 stand das Zusammenspiel von Prüfungsausschuss und Prüfungsqualität im Fokus. Prof. Dr. Thorsten Sellhorn präsentierte seine Forschungsergebnisse zum Thema „Wie erkennen und gestalten die Vorsitzenden von Prüfungsausschüssen die Prüfungsqualität: Eine empirische Studie“ und Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl berichtete über seine „Erfahrungen aus der Praxis“.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Maria Sumerauer

277

Herausgeber:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl
WP Dr. Aslan Milla
WP Dr. Robert Reiter
Mag. Christoph Schlager (BMF)
RA Dr. Thomas Wenger
Hon.-Prof. MR iR Dr. Werner Wiesner (BMF)

Redaktionsassistentz:

Mag. Dipl. Ing. Dr. Stéphanie Mittelbach-
Hörmanseder MIM (CEMS)

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber iSd § 1 (1) Z 8 und 9 MedienG: LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt. LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe RELX Group, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | **Blattlinie:** Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | **Geschäftsführung:** Alberto Sanz de Lema | **Unbeschränkt haltender Gesellschafter:** Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | **Kommanditist:** Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | **Beteiligungsverhältnisse:** Alleinigere Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | **Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.:** Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1 %), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) | **Alleinigere Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH:** Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | **Alleinigere Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.:** Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | **Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.:** RELX Group plc, 1-3 Strand (<http://www.relxgroup.com/about-us/Pages/Home.aspx>), London WC2N 5JR (50 %), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) | **Gesellschafter der RELX Group plc:** RELX PLC (52,9 %), RELX NV (47,1 %) | **Gesellschafter der RELX PLC:** mehr als 75 % im Streubesitz | **Gesellschafter der RELX NV:** mehr als 75 % im Streubesitz | **Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings Ltd.:** RELX Group plc (100 %) | **Redaktion:** Marxergasse 25, 1030 Wien. ISSN: 1018-3779

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand 2019 | **Verlags- und Herstellungsort:** Wien | Die Zeitschrift erscheint einmal im Monat | **Einzelheftpreis 2019:** € 35,-; **Jahresabonnement 2019:** € 359,- inkl. MWST bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | **Bankverbindung:** Bank Austria IBAN: AT841200050423468600, BIC: BKAUAT33 | **Abbestellungen** sind nur zum Jahreschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | **Druck:** Prime Rate GmbH, Mogyoró út 53, H-1044 Budapest.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schrift-

Schriftleitung:

o. Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Christoph Fröhlich
Univ.-Prof. Dr. Klaus Hirschler
Elisabeth Höltschl, MSc
Dr. Katharina van Bakel-Auer

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-0, Fax DW 141
E-Mail: kundenservice@lexisnexus.at

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Evelyn Hahn
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1562, Fax DW 146
E-Mail: evelyn.hahn@lexisnexus.at

Anzeigen & Mediadaten:

Alexander Mayr
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexus.at
<http://lesen.lexisnexus.at/zs/rwz/mediadaten.html>

liche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden.

Bitte beachten Sie: Für Veröffentlichungen in unseren Zeitschriften gelten unsere AGB für Zeitschriftenautorinnen und -autoren (abrufbar unter <https://www.lexisnexus.at/agb/agb-zeitschriftenautoren/>) sowie unsere Datenschutzerklärung (abrufbar unter <https://www.lexisnexus.at/datenschutzbestimmungen/>).

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen. Dies gilt auch für Inhalte, die exklusiv digital veröffentlicht werden.

Richtlinien für Autoren:

Manuskripte übermitteln Sie bitte an die E-Mail-Adresse RWZ-Zeitschrift@lexisnexus.at. Wir ersuchen um Verwendung gängiger juristischer Zitierr- und Abkürzungsregeln (AZR, 7. Auflage).

Manuskripte sind möglichst unter Verwendung der dekadischen Gliederung zu erstellen und sollten nicht mehr als 3 Gliederungsebenen umfassen.

Die Beiträge sollten eine Länge von nicht mehr als 25.000 Zeichen (exkl. Leerzeichen, inkl. Fußnoten) aufweisen. Überschreitet das Manuskript diese Länge, sind die Herausgeber berechtigt, die Beiträge entsprechend zu kürzen.

Jeder Beitrag wird einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen, das über seine Veröffentlichung entscheidet. Der Verfasser wird schriftlich informiert, ob der Beitrag zur Publikation angenommen wurde.

Die Richtlinien für das Verfassen von Zeitschriftenbeiträgen finden Sie in ausführlicher Form unter www.lexisnexus.at in der Rubrik Autorentservice.



GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschütz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

Markus Geißler – Die Klassifizierung und rechtliche Behandlung fehlerhafter Beschlüsse des GmbH-Aufsichtsrates

Das GmbHG enthält keine Regelungen über die Behandlung fehlerhafter Aufsichtsratsbeschlüsse. Nach einem Blick auf die maßgeblichen (und verstreuten) Rechtsgrundlagen, welche die Einrichtung eines obligatorischen Aufsichtsrates anordnen, wird deshalb zunächst die Rechtsentwicklung zu dem heute überwiegend vertretenen Lösungskonzept skizziert. Dies bedingt eine nach materiellen und formellen Kriterien gegliederte Ordnung der möglichen Beschlussmängel. Hernach werden die Besonderheiten bei der Betreibung der Feststellungsklage (§ 256 ZPO) dargestellt, ehe die spezifischen (und umstrittenen) Fragen zum Rechtsschutzinteresse und zur Verwirkung des Klagerechts bei minderschweren Verfahrensverstößen (kritisch) erörtert werden. 861

Dr. Sascha Stiegler, LL.M. – Vorgaben zur Anmeldung der Zweigniederlassung einer ausländischen GmbH

Im Mai diesen Jahres verkündete der BGH seinen bereits erwarteten Beschluss in Bezug auf die bei der Anmeldung einer inländischen Zweigniederlassung durch eine ausländische Gesellschaft vorzulegenden Unterlagen bzw. anzugebenden Verhältnisse. Aufgrund des europäischen Bezugs legte der BGH dabei zwei Ausgangsfragen dem EuGH zur Vorabentscheidung vor: Darf zum einen vom zuständigen Registergericht die Angabe der Höhe des Stammkapitals der Gesellschaft gefordert werden, und darf zum anderen auf die Pflicht zur Abgabe der Versicherung gem. § 8 Abs. 3 Satz 1 GmbHG als Bestandteil der Anmeldung zur Eintragung der deutschen Zweigniederlassung bestanden werden? Der Beitrag geht die- sen Fragen im Hinblick auf den zugrunde liegenden Sachverhalt als auch den Ausführungen des BGH zu dieser Thematik nach. 869

GmbH-Beratung

RA FASr Dr. Markus Wollweber – Sieben Gedanken zu Klauseln einer Satzung 2.0

Eine Satzung ist wie das Ölzeug des Seemanns: die Mehrzahl ihrer Regelungen wird nur in stürmischer See benötigt, muss aber für diesen Fall das richtige Rüstzeug anbieten. Aus diesem Grund sollte in guten Zeiten, in denen satzungsändernde Mehrheiten besorgt werden können, von Zeit zu Zeit die Satzung geprüft werden, ob sie den aktuellen rechtlichen Gegebenheiten und den tatsächlichen Bedürfnissen von Gesellschaft und Gesellschaftern noch entspricht. Der Beitrag beleuchtet insoweit sieben Gedanken einer modernen Satzung. 874



Inhalt

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

GmbH-Recht: Kompetenz der Gesellschafterversammlung zur Regelung der Geschäftsführervergütung unterfällt auch Absprache mit Dritten	(BGH, Urt. v. 14.5.2019 – II ZR 299/17)	883
Geschäftsführer: Haftung des GmbH-Geschäftsführers wegen zur Insolvenz führenden „Griffs in die Kasse“	(BGH, Urt. v. 7.5.2019 – VI ZR 512/17) <i>m. Anm. Christoph Tamcke</i>	887
Handelsregister: Antrag des den Liquidator einer GmbH vertretenden Notars auf Eintragung der Auflösung der Gesellschaft, Erklärung über Form des vorliegenden Gesellschafterbeschlusses	(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 20.3.2019 – 3 Wx 20/18) <i>m. Anm. Thomas Wachter</i>	890
Steuerrecht		
Mehrwertsteuer: Aufsichtsratsmitglied einer niederländischen Stiftung nicht selbständig i.S.d. Mehrwertsteuerrichtlinie	(EuGH, Urt. v. 13.6.2019 – C-420/18, ECLI:EU:C:2019:490 – 10) <i>m. Anm. Jürgen Scholz/Helge Jacobs</i>	894
Insolvenz: Kraftfahrzeugsteuer als Masseverbindlichkeit in der Insolvenz	(BFH, Urt. v. 21.3.2019 – III R 30/18)	899
Umsatzsteuer: Leistungsbeschreibung bei Waren im Niedrigpreissegment; Gewährung des Vorsteuerabzugs im Wege des Gutgläubenschutzes	(BFH, Beschl. v. 16.5.2019 – XI B 13/19)	901
Mitteilungspflicht: Vereinbarkeit des Verspätungsgeldes mit höherrangigem Recht	(BFH, Urt. v. 20.2.2019 – X R 28/17)	904
Betriebsveräußerung: Thesaurierungsbegünstigung bei Übertragung eines Mitunternehmeranteils auf eine Stiftung	(BFH, Urt. v. 17.1.2019 – III R 49/17)	911
Körperschaftsteuer: Steuerfreistellung nach § 8b Abs. 2 KStG bei gewinn- und umsatzabhängigen Kaufpreisforderungen	(BFH, Urt. v. 19.12.2018 – I R 71/16)	913

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Dr. Thomas Wachter – Demnächst in Deutschland: Online-Gründung von GmbHs – Erfolgreiche Umsetzung des EU Company Law Package R232

Unternehmensrecht

BGH: Gesellschafterlister im Streit – 5 x 30 Euro = 150 Euro (<i>Stephan Ulrich</i>)	R234
BGH: Aktionärsklage auf Unterlassung muss ohne unangemessene Verzögerung erhoben werden (<i>Stephan Ulrich</i>)	R234
Osnabrücker Schiedsgerichtstag 2019 (<i>Stephan Ulrich</i>)	R235



Überflieger.

Steigern Sie Ihre Performance mit dem neuen *Fuhrmann/Wälzholz*: Fokussiert, praxisnah, zuverlässig und natürlich topaktuell!

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/fwg3

Inhalt

Steuer- & Bilanzrecht

BFH: Zuordnung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft zum notwendigen Betriebsvermögen eines Einzelunternehmens (<i>Christian Levedag</i>)	R235
BFH: Voraussetzungen für die Tarifbegünstigung eines Aufgabegewinns bei einer echten Realteilung (<i>Christian Levedag</i>)	R235
BMF: Überarbeitetes GoBD-Schreiben veröffentlicht (<i>Georg Geberth / Alexander Höhn / Henning Burlein</i>)	R236

Arbeits- & Sozialrecht

LAG Düsseldorf: Abmahnung eines Redakteurs für einen Artikel – Hilft ihm die Pressefreiheit? (<i>Claudia Kothe-Heggemann</i>)	R238
LAG Düsseldorf: Fristlose Kündigung – Polizeipförtner musste nach mutmaßlicher Unterschlagung gehen (<i>Claudia Kothe-Heggemann</i>)	R238

Wirtschafts-Praxis

Studie zur Automatisierung der Arbeitswelt (<i>Marianne Gajo</i>)	R239
Wirtschaftsfaktor Umweltschutz in Deutschland (<i>Marianne Gajo</i>)	R240
Untersuchung zu Homeoffice-Arbeitsplätzen (<i>Marianne Gajo</i>)	R240

Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht	R241
Steuerrecht	R241

Buchbesprechungen

Karsten Bornholdt/Wolfgang Paul, Geldwäscheprävention in Unternehmen und Organisationen (<i>Oliver Renner</i>)	R242
--	------

Wussten Sie schon ...

Im **Beratermodul GmbHR** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de

**Beliebtes Gestalter-Werkzeug.**

Mit diesem beliebten Arbeitsbuch sind Sie als Berater bestens aufgestellt, um das Gesellschaftsleben von GmbH und GmbH & Co. KG optimal zu gestalten. Das Werk bietet mehr als 170 Musterformulare für das gesamte Rechtsleben dieser Rechtsformen.

Probe lesen und bestellen unter otto-schmidt.de/lpg8

D3-Z36

Steuer und Wirtschaft

Geschäftsführende Herausgeber:

Prof. Dr. Johanna Hey, Köln · Prof. Dr. Christoph Spengel, Mannheim

steuer-und-wirtschaft.de

Mitherausgeber:

Prof. Dr. Tina Ehrke-Rabel, Graz · Prof. Dr. Joachim Englisch, Münster ·
Prof. Dr. Clemens Fuest, München · Prof. Dr. Joachim Hennrichs, Köln · Prof. Dr. Hanno Kube,
Heidelberg · Prof. Dr. Ralf Maiterth, Berlin · Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schön, München ·
Prof. Dr. Roman Seer, BochumStuW
online

Tagung

Konkretisierung
unbestimmter
Rechtsbegriffe
im Steuerrecht**Nachruf > Klaus-Dieter Drüen** – Heinrich Wilhelm Kruse zum Gedenken: Über
Folgerichtigkeit im Steuerrecht 205**Abhandlungen > Roman Seer** – Geldwert und Steuern 212**Lisa Riedel** – Umwandlungsbesteuerung – Rechtliche Grundlagen
und Grundprinzipien sowie deren Umsetzung bei der Umstrukturie-
rung von Kapital- und Personengesellschaften 225**Lothar M. Jansen / Johannes Fein** – Überzogene Vergütung von Ver-
einsvertretern – Was ist angemessen? 241**Jens Schönfeld / Benedikt Ellenrieder** – Das Verhältnis von Primär-
und Sekundärrecht – oder: Gibt es „gegen Primärrecht immunisiertes
Recht“? 253**Christoph Spengel / Kathrin Stutzenberger** – Wiederauflage des
GKB-Richtlinienentwurfs – Steuerbelastungswirkungen und Folgen-
abschätzungen 267**Tobias Hagemann** – Die internationale Besteuerung der Kommandit-
gesellschaft auf Aktien 280**Tagungsbeiträge > Christian Thiemann** – Rechtssichere Anwendung des Steuerrechts –
Verfassungsrechtliche Anforderungen und verfahrensrechtliche Op-
tionen 295**Eva Oertel** – Bestimmtheit im Europäischen und internationalen
Steuerrecht 303**Edouard Marcus** – Wege zur Konkretisierung des Rechts in Frank-
reich: Prinzipien und Umsetzung 311



Steuer und Wirtschaft

Zeitschrift für die gesamten Steuerwissenschaften

Geschäftsführende Herausgeber:

Prof. Dr. Johanna Hey, Köln · Prof. Dr. Christoph Spengel, Mannheim

Mitherausgeber: Prof. Dr. Tina Ehrke-Rabel, Graz · Prof. Dr. Joachim Englisch, Münster · Prof. Dr. Clemens Fuest, München · Prof. Dr. Joachim Hennrichs, Köln · Prof. Dr. Hanno Kube, Heidelberg · Prof. Dr. Ralf Maiterth, Berlin · Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schön, München · Prof. Dr. Roman Seer, Bochum

Begründet 1922 von Heinrich Reinach (Herausgeber bis 1934)

Herausgeber seit 1934: Enno Becker · Carl Boettcher · Ottmar Bühler · Wilhelm Erhard · Werner Friedrich · Rolf Grabower · Karl-Heinrich Hansmeyer · Ludwig Heßdörfer · Friedrich Klein · Dieter Leibrecht · Roland Löhlein · Gerhard Mann · Wolfgang Mersmann · Heinz Oeftering · Johannes Popitz · Alexander Prugger · Gerd Rose · Günter Schmolders

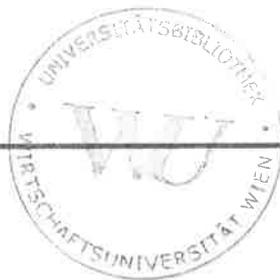
Klaus Tipke (geschäftsführend von 1974–1988)

Joachim Lang (geschäftsführend von 1989–2014) gemeinsam mit

Dieter Birk · Karl Heinrich Friauf · Norbert Herzig · Paul Kirchhof · Heinrich Wilhelm Kruse · Heinz-Jürgen Pezzer · Wolfram Reiß · Dieter Schneider · Joachim Schulze-Osterloh · Hartmut Söhn · Franz W. Wagner · Franz Wassermeyer

Inhalt

steuer-und-wirtschaft.de



Nachruf

Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen, München – Heinrich Wilhelm Kruse zum Gedenken: Über Folgerichtigkeit im Steuerrecht

Folgerichtiges Denken und Entscheiden sind auch im Steuerrecht juristische Grundanforderungen. Maximen folgerichtigen Entscheidens hat *Heinrich Wilhelm Kruse* vor über 60 Jahren in dieser Zeitschrift aufgezeigt. Dieser Beitrag ruft anlässlich seines Todes die Person und sein Werk in Erinnerung und zeigt Fortentwicklungen der Rechtsprechung zum Gebot der Folgerichtigkeit im Steuerrecht auf. 205

Abhandlungen

Prof. Dr. Roman Seer, Bochum – Geldwert und Steuern – Inflation und Niedrigzins als Herausforderungen für den Steuergesetzgeber

Das deutsche Steuersystem vernachlässigt das Problem der Inflation bei einem dramatisch veränderten Zinsniveau. Das undifferenzierte Festhalten am Nominalwertprinzip verstößt gegen das Prinzip einer Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, das als ein Real-Leistungsfähigkeitsprinzip zu verstehen ist. Das Zusammenwirken einer abgeltenden Bruttobesteuerung bei Versagung eines Inflationsfreibetrages führt zu einer verkappten (Substanz-)Vermögensteuer auf Kapitalvermögen. Mangels Abzugs eines am Eigenkapital orientierten Inflationsfreibetrags oder Schutzzinses kommt es auch im Bereich der Gewinneinkünfte zur Besteuerung von Scheingewinnen. Diese verstärkt sich durch die Negation einer kapitalmarktorientierten Diskontierung von Passivpositionen in der Steuerbilanz. Die kapitalmarktferne Verzinsung von Steueransprüchen führt zu einem zusätzlichen systemfremden Steuerzuschlag. 212

Dr. Lisa Riedel, Bonn – Umwandlungsbesteuerung – Rechtliche Grundlagen und Grundprinzipien sowie deren Umsetzung bei der Umstrukturierung von Kapital- und Personengesellschaften

Das Umwandlungssteuerrecht regelt die Voraussetzungen und Rechtsfolgen, nach denen im Zuge einer Umstrukturierung stille Reserven von einem Rechtsträger auf einen anderen übergehen dürfen. Die betreffenden Vorschriften finden sich nicht nur im UmwStG, sondern insbesondere auch im EStG, z.B. in § 6 Abs. 5 EStG. Der folgende Beitrag soll die rechtlichen Grundlagen und Grundprinzipien der Umwandlungsbesteuerung,



Beratermodul Steuerrecht – Die Datenbank für die rechtsgebietübergreifende Beratung. Jetzt 4 Wochen gratis nutzen! www.otto-schmidt.de/bmstr

Inhalt

deren Implementierung in das UmwStG de lege lata sowie die Umsetzung im Bereich der Umstrukturierung von Kapital- und Personengesellschaften untersuchen. 225

Dr. Lothar M. Jansen / Johannes Fein, Zürich/Frankfurt (M.) – Überzogene Vergütung von Vereinsvertretern – Was ist angemessen?

Der Beitrag analysiert die steuer- und vereinsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der Vergütung von Vereinsvertretern. Der Beitrag widmet sich insbesondere der Frage nach dem adäquaten Maßstab im Rahmen des § 55 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 2 AO. Des Weiteren stellt der Artikel einige allgemeine Grundsätze für die praktische Anwendung des vorgeschlagenen Maßstabes vor. 241

Prof. Dr. Jens Schönfeld / Benedikt Ellenrieder, beide Bonn – Das Verhältnis von Primär- und Sekundärrecht – oder: Gibt es „gegen Primärrecht immunisiertes Recht“?

Die ATAD enthält aus Sicht des Steuerpflichtigen im Grundsatz ausschließlich Belastungen. Bei einigen Bestimmungen der ATAD ist fraglich, ob sie der EuGH unter den Grundfreiheiten akzeptieren würde, wenn es sich um rein mitgliedstaatliches Recht handeln würde. Der EuGH äußerte gleichzeitig, dass mitgliedstaatliches Recht, welches eine Richtlinie umsetzt, nur am Sekundärrecht zu prüfen sei, wenn die Richtlinienvorgaben eine abschließende Harmonisierung herbeiführen.

Dies wirft Fragen auf. So könnte diese Rechtsprechung dazu führen, dass das mitgliedstaatliche Umsetzungsrecht insoweit gegen das Unionsprimärrecht „immunisiert“ ist. Das Gleiche könnte auch für das Sekundärrecht gelten, soweit der Sekundärrechtsgeber unter den Grundfreiheiten einen anderen Gestaltungsspielraum genießen würde, als der mitgliedstaatliche Gesetzgeber.

Die Verfasser argumentieren, dass es Grenzen der „Immunisierungsrechtsprechung“ gibt. So lehnt der Gerichtshof im Zweifel ab, dass das Sekundärrecht den Mitgliedstaaten überhaupt Umsetzungsmaßnahmen erlaubt, welche in Konflikt zu den Grundfreiheiten stehen. Auch stellt der Gerichtshof strenge Anforderungen an das Vorliegen einer abschließenden Harmonisierung. Zudem ist es auch dem Sekundärrechtsgeber unter den Grundfreiheiten nicht gestattet, gegen tragende Prinzipien des Unionsrechts zu verstoßen. Zuletzt setzt auch die Kompetenzgrundlage des Art. 115 AEUV einer sekundärrechtlichen Harmonisierung genaue Grenzen. Nach Ansicht der Verfasser kann eine Richtlinie grundsätzlich nicht auf diese Grundlage gestützt werden, soweit ihr Regelungsgehalt nur darin besteht, Marktfreiheiten zu beschränken, ohne auch Marktzugangsrechte zu vermitteln. Eine Ausnahme könnte nur gelten, soweit die Richtlinie schädlichen Steuerwettbewerb unter Ausnutzung der Grundfreiheiten bekämpft. Diese Ausnahme trifft auf weite Teile der ATAD jedoch nicht zu. Die Verfasser verproben ihren Ansatz anschließend an einem Beispiel zur Wegzugs- und Entstrickungsbesteuerung. 253

Prof. Dr. Christoph Spengel / Kathrin Stutzenberger, beide Mannheim – Wiederauflage des GKB-Richtlinienentwurfs – Steuerbelastungswirkungen und Folgenabschätzungen

Mit zwei Richtlinienentwürfen zur stufenweisen Einführung einer Gemeinsamen (Konsolidierten) Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (G(K)KB) brachte die Europäische Kommission im Oktober 2016 den Vorschlag zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union aus dem Jahr 2011 erneut ein. Aufbauend auf einer Studie im Auftrag der Europäischen Kommission stellt der vorliegende Beitrag zunächst inhaltliche Parallelen und Weiterentwicklungen der Richtlinienentwürfe sowie den aus der Einführung einer GKB resultierenden Anpassungsbedarf in den Steuersystemen der Mitgliedstaaten dar und quantifiziert anschließend die damit verbundenen Steuerbelastungswirkungen. Dabei zeigt sich, dass die mit der Wiedervorlage des G(K)KB-Richtlinienentwurfes neu aufgenommenen Steueranreize zur Förderung von Eigenkapitalfinanzierung („Freibetrag für Wachstum und Investitionen“) sowie zur Förderung von Forschung und Entwicklung die effektive Steuerbelastung von Unternehmen in den Mitgliedstaaten wesentlich beeinflussen können. Aufgrund der damit verbundenen weitreichenden Eingriffe in die nationalen Steuersysteme ist vom Einbezug dieser beiden Vorschriften abzusehen, um die Umsetzungswahrscheinlichkeit der G(K)KB zu erhöhen und die daraus resultierenden Vorteile im europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen. 267



19 Rechtsformen. 300 Transaktionen.

Das Beraterbuch erläutert für über 300 Umwandlungsfälle den Weg von Rechtsform A zu Rechtsform B. Aufgebaut in ABC-Form führt es kompakt durch die gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Anforderungen.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/stre4_9

Jetzt wieder
neu!

Inhalt

Dr. Tobias Hagemann, Berlin – Die internationale Besteuerung der Kommanditgesellschaft auf Aktien – Betriebsstätte, beschränkte Steuerpflicht und Abkommensrecht

Die gesellschaftsrechtlichen und steuerrechtlichen Vorschriften die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) betreffend enthalten sowohl Elemente des Kapitalgesellschaftsrechts als auch des Personengesellschaftsrechts. Wenngleich der persönlich haftende Gesellschafter kein Mitunternehmer ist, wird er einkommensteuerlich als solcher behandelt. Der hybride Charakter der KGaA wirft viele offene Fragen in Bezug auf die Besteuerung auf und dies gilt insbesondere im Hinblick auf die internationale Besteuerung. Der vorliegende Beitrag diskutiert die internationale Besteuerung von KGaA und persönlich haftendem Gesellschafter, wobei sowohl Fragen zur beschränkten Steuerpflicht als auch zur Abkommensanwendung behandelt werden. 280

Tagungsbeiträge

Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe im Steuerrecht

Prof. Dr. Christian Thiemann, Mainz – Rechtssichere Anwendung des Steuerrechts – Verfassungsrechtliche Anforderungen und verfahrensrechtliche Optionen

Rechtsunsicherheit ist kein spezifisch steuerrechtliches Phänomen. Allerdings wirft Rechtsunsicherheit im Bereich des Steuerrechts besondere Probleme auf, weil sie im Besteuerungsverfahren oftmals erst geraume Zeit, nachdem der zu beurteilende Sachverhalt bereits realisiert worden ist, ausgeräumt werden kann. Ausgehend von einer kurzen Einordnung der Problematik (I., II.) zeigt der Beitrag auf, welche Instrumente das Steuerrecht zu ihrer Bewältigung bereithält (III.), und wirft abschließend die Frage auf, inwiefern ein verstärkter Rückgriff auf kooperative Elemente eine mögliche Perspektive sein könnte (IV.). 295

Dr. Eva Oertel, Berlin – Bestimmtheit im Europäischen und internationalen Steuerrecht – Ansätze zur Klärung offener Fragen und Erhöhung der Rechtssicherheit

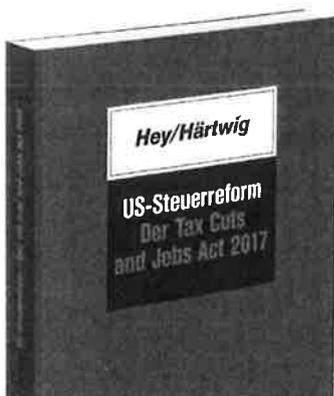
Der Bestimmtheitsgrundsatz fordert, dass das deutsche Steuerrecht so präzise wie möglich ausgestaltet werden muss. International schreitet zwar die Harmonisierung des Rechts beständig voran, im Kern bleiben die Rechtsordnungen jedoch bis auf weiteres unabgestimmt. Eine Untersuchung über die „Bestimmtheit des Europäischen und Internationalen Steuerrechts“ kann sich nicht auf die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe in internationalen Vertragswerken beschränken, sondern muss größer angelegt sein. Sie muss den Fokus darauf lenken, dass eine kongruente rechtliche Würdigung grenzüberschreitender Sachverhalte in vielen Fällen nicht gelingt. Natürlich gibt es Lösungsansätze. Diese werden nachfolgend vorgestellt und untersucht. 303

Edouard Marcus, Paris – Wege zur Konkretisierung des Rechts in Frankreich: Prinzipien und Umsetzung

Der Beitrag stellt Entwicklungen zum Grundsatz der Rechtssicherheit in Frankreich dar. 311

Wussten Sie schon ...

Im **Onlinemodul StuW** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Bei Fragen zu Ihren **Freischaltcodes** wenden Sie sich gerne an den Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de



Der Tax Cuts and Jobs Act 2017.

Die US-Steuerreform 2017 hat, nach Jahrzehnten des Stillstands, für große Aufmerksamkeit gesorgt. Besonders bemerkenswert ist die Neuausrichtung des Internationalen Steuerrechts. Dieses zweisprachige (deutsch/englisch) Werk stellt die einzelnen Elemente dar und ordnet sie in den Gesamtzusammenhang ein.

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/uss

Herausgeber: Prof. Dr. Marc Bungenberg LL.M. (Lausanne) | Prof. Dr. Christian Calliess LL.M.Eur. | Prof. Dr. Thomas Giegerich LL.M. (Virginia) | Prof. Dr. Michael Hahn LL.M. (Michigan) | Prof. Dr. Torsten Stein

Gründungsherausgeber: Prof. em. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress

Europa-Institut der Universität des Saarlandes · Sektion Rechtswissenschaft · Postfach 15 11 50 · D-66041 Saarbrücken

Schriftleitung: Ass. Iur. Christina Backes, lic. en droit (V.I.S.d.P.)

Redaktion: Prof. Dr. Jürgen Bröhmer | Dr. Christian von Buttlar LL.M. | Prof. Dr. Iris Canor | Mareike Fröhlich LL.M. | Eileen Fuchs LL.M. | Dr. Oskar Gstrein LL.M. | Christiane Hillesheim LL.M.Eur. | Prof. Dr. Robin van der Hout LL.M. | André Husheer | Dr. Kai-Michael König | Helen Kuchler | Tilmann Lahann LL.M.Eur. | Dieter Lang LL.M.Eur. | Julia Legleitner LL.M.Eur. | Prof. Dr. Maria Meng-Papantoni | Prof. Dr. Zlatan Meškic | Kristina Müller | Prof. Dr. Alexander Proelß | Prof. Dr. Dagmar Richter | Rüdiger Sailer | Rupert Steinlein LL.M.Eur. | Dr. Anne Thies LL.M. | Dr. Anja Trautmann LL.M. | Dr. Jörg Ukrow LL.M.Eur. | Sebastian Zeitzmann LL.M.

Inhalt

Anne Peters Between Trade and Torture: Animals in EU law	173
Geetanjali Sharma The Court of Justice as an Actor in the Migration Crisis	197
Dagmar Richter Sicherheit vor Pestiziden in Europa? – Gefährliche Formen der Zusammenarbeit von EU und Mitgliedstaaten am Beispiel der Neu-Genehmigung von Glyphosat	219

D3-Z6/Beit.

SBR

Schmalenbach Business Review

Managing Editor
Alfred Wagenhofer

Editors

Wolfgang Ballwieser
Marina Fiedler
Karen Gedenk
Martin Klarmann
Tobias Kretschmer
Martin Natter
Rainer Niemann
Jörg Rocholl
Ulrich Schreiber
Thorsten Sellhorn
Martin Spann
Erik Theissen
Marliese Uhrig-Homburg

**Improving the M&A Decision-Making Process:
Learning from Serial Acquirers**
M. Weber · D. zu Knyphausen-Aufseß · E. Schweizer 295

**Network-Based Business Models, the Institutional
Environment, and the Diffusion of Digital Innovations:
Case Studies of Telemedicine Networks in Germany**
S. Steinhauser 343

**The Second Glass Ceiling: Women's Role in Supervisory
Boards of German Firms**
V. Bozhinov · C. Koch · T. Schank 385



Schmalenbach-Gesellschaft
für Betriebswirtschaft e.V.

 Springer

ZEuP Zeitschrift für Europäisches

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-L233

3/2019

Herausgegeben von
Jürgen Basedow
Eva-Maria Kieninger
Reiner Schulze
Heike Schweitzer
Gerhard Wagner
Marc-Philippe Weller
Reinhard Zimmermann

<i>Kirsten Scholl</i> Der Vertrag von Aachen	441
<i>Tanja Domej</i> Die geplante EU-Verbandsklagenricht- linie	446
<i>Martin Menne</i> Verbindungsrichter in der Praxis	472
<i>Eva Inés Obergfell</i> Josef Kohler	499
<i>Helmut Koziol</i> Auf dem Weg zu EU und Rechtsvergleichung	518
<i>Grzegorz Zmij</i> Investitionsstreitigkeiten nach Achmea	535
<i>Radu Rizoiu</i> Recent Romanian Case Law on Mortgages	554
<i>Diego Zannoni</i> Civil Partnership under Italian Law	571
Entscheidungen	
<i>Gregor Thüsing/Maike Flink/Melanie Jänsch</i> Stipendienwesen auf dem AGG-Prüfstand	593
<i>Rui Dias</i> Auslandsbezug und Geschäftsgrundlage	603
<i>Christoph Schoppe</i> Schriftformklauseln im englischen Recht	620
Dokumentation	637
Bibliothek	641



C.H. BECK

www.zeup.beck.de



Inhaltsverzeichnis

Leitartikel

- Kirsten Scholl*: Der Vertrag von Aachen – auf dem Weg zu einem Europäischen Wirtschaftsgesetzbuch? 441

I. Artikel

- Tanja Domej*: Die geplante EU-Verbandsklagenrichtlinie – Sisypchos vor dem Gipfelsieg? 446
- Martin Menne*: Die Arbeit der deutschen Verbindungsrichter im internationalen Familienrecht 472

Rückblick

- Eva Inés Oberfell*: Josef Kohler – Werk und Wirkung auf dem Gebiet des Immaterialgüterrechts 499

Lebenswege

- Helmut Koziol*: Auf dem Weg zur Europäischen Union und zur Rechtsvergleichung 518

II. Entwicklungen

- Grzegorz Żmij*: Investitionsstreitigkeiten zwischen Deutschland und Polen aus der europäischen Perspektive. Anmerkung zum Achmea-Urteil und seinen Folgen 535
- Radu Rizoiu*: Sailing in a Stormy Sea: Recent Romanian High Court Decisions Affecting Secured Transactions 554
- Diego Zannoni*: Jurisdiction and Law Applicable to Civil Partnership under Italian Law 571

III. Entscheidungen

- Gregor Thüsing/Maike Flink/Melanie Jänsch*: Stipendienwesen auf dem AGG-rechtlichen Prüfstand – Entscheidung des EuGH vom 15. November 2018 593
- Rui Dias*: Auslandsbezug des Sachverhalts nach Art. 3 Abs. 3 EVÜ/Rom I-VO und *rebus sic stantibus*-Klausel des portugiesischen Zivilrechts als nicht parteidisponible Bestimmung – Entscheidung des englischen Court of Appeal vom 13. Dezember 2016 603

<i>Christoph Schoppe</i> : Wirksamkeit von Schriftformklauseln im englischen Recht – und wenig Neues zur doctrine of consideration – Entscheidung des Supreme Court of the United Kingdom vom 16. Mai 2018	620
--	-----

IV. Dokumentation

Information

Call for Conference Speakers at the 8th Max Planck PostDoc Conference on European Private Law	637
<i>Christiane von Bary</i> : 14. Symposium für europäisches Familienrecht: Familienrecht und Religion – Europäische Perspektiven – 14.–16. März 2019 in Regensburg	638

V. Bibliothek

David Ashton: Competition Damages Actions in the EU – Law and Practice (2018) (<i>Rupprecht Podszun</i>)	641
Alexander Bücken: Internationales Beweisrecht im Europäischen internationalen Schuldrecht (2016) (<i>Tobias Rapp</i>)	643
Matthew Dyson: Regulating Risk through Private Law (2018) (<i>Wolfgang Wurmnest</i>)	646
Le droit à l'épreuve des siècles et des frontières – Mélanges en l'honneur du Professeur Bertrand Ancel (2018) (<i>Peter Mankowski</i>)	648

Zu guter Letzt

<i>Peter McColgan</i> : Digitalisierung – Designed by DIN	651
---	-----